

Beißerik-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Heimliche Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 20 Pf. ohne Zebragen. — Einzelne Nummern
Pl. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 2.
Gemeindeverbands-Girokonto Nr. 3. — Poststelle-
konto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die jedesopfisierte Stellfläche
jeweils 10 Pf. unterhalb des Randeinschreibens: 10 Pf. im unmittelbaren Teil (nach
den Behörden) die Seite 10 Pf. — Einzelblatt 20
Reklame 20 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 168

Freitag den 21. Juli 1922

88. Jahrgang

Verteilches und Sächsisches

Sammt jetzt im Juli Heilkräuter! Bekanntlich haben gegenwärtig die in den Apotheken und Drogerien zu habenden Heilkräuter und Tees einen unheimlich hohen Preis, so daß es sich wirklich lohnt, sich für seine Hausapotheke genügend Vorrat selbst anzuschaffen. Das Sammeln vermag aber auch durch Verkauf an Apotheken und Drogerien einen sehr ansehnlichen Nebenverdienst zu erbringen. Für letzteren Zweck bedarf es aber besonders einer sorgfältigen Trocknung, einer Information bei dem, an den man verkaufen will. Jetzt im Juli wären zu sammeln die Blüten der Linde, die als Tee getrocknet schwefeltreibend, krampftreibend wirken, aber zugleich auch für die Winterzeit ein sehr bekömmliches und vor allem auch ein weit billigeres warmes Getränk als der chinesische Tee ergeben, ferner die Blüten der Schafgarbe, die auch Schafgarbe, Lautenblatt, Sichel-, Margaretenkraut, Feldgarbe, Allheil genannt wird, die günstig wirken bei Verschleimung der Atemorgane, bei Influenza, die Blüten des rosablühenden Tausendguldenkrauts, die gegen Magenleiden, Blähungen Verwendung finden, die Blüten des überall wachsenden, goldgelb blühenden Rainfarns, auch Wurm-, Kraftkraut genannt, die ein stärkendes Magenmittel bilden, die Blüten des Wermuts, auch Absint, bitterer Balsam genannt, die seit altersher ebenfalls ein ausgezeichnetes Magenmittel sind und zur Bereitung der bekannten Hoffmannstropfen verwertet werden, die Blüten der echten Kamille, die blähungswidrig, krampftreibend, schwefeltreibend wirken, die Blüten des Wollkrauts, auch Königs-, Himmels-, Johanniskraut genannt, die gegen Verschleimungen der Atemorgane, Atemnot Verwendung finden. Alle die genannten Blüten finden getrocknet zu Teeaufgüssen Verwendung. Das Sammeln erfolgt am besten in den Morgenstunden bei Sonnenschein und die Trocknung mit Hilfe der Sonne.

Das Kino im Kampfe gegen die Geschlechtskrankheiten. Es ist leider immer noch nicht genügend bekannt, in welch ungeheuerem Umfang heutigen Tages die Geschlechtskrankheiten in unserem Volk verbreitet sind. Erst eine Reichsstatistik hat darüber erschöpfend Auskunft geben können und bringt fürchterliche Zahlen. Aufgabe der Wissenschaft und einer auf hygienischem Gebiet radikal durchgreifenden Gesetzgebung wird es sein, der verheerenden Volksseuche mit denkbarem Nachdruck entgegenzutreten. Aber diese Arbeit ist nutzlos ohne Aufklärungsarbeit. Von gediegener Art ist der Film „Die Geschlechtskrankheit und ihre Folgen“, der am Freitag in den Stern-Lichtspielen vorgeführt wird. Er ist im Auftrag der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und unter deren Mitwirkung von den Fachärzten Dr. med. C. Thomalla und Dr. med. N. Kaufmann in Berlin zusammengestellt worden. Tatsachen reden und sie reden eine furchtbare Sprache. Bei den Vorführungen des Films werden Sanitätsrat Dr. Voigt und Medizinalrat Dr. Endler allgemeinverständlichen Begleitvortrag halten.

Die starke Benützung der 4. Klasse. Auf der Eisenbahn benutzen in letzter Zeit in Norddeutschland von etwa 100 Reisenden etwa 60 die vierte, 30 die dritte und 10 die zweite Klasse. In Süddeutschland, ganz besonders in Bayern, sind die Ziffern 90 : 8 : 2. In vielen Fällen läuft die ganze zweite Klasse auf großen Strecken leer. Die dritte Klasse ist gleichfalls so schlecht benutzt, daß sie nur die Betriebskosten erhöht.

Die Kirchensteuer vom Einkommen abziehbar. Im Steuerausschuß des Reichstages wurde auf Antrag des Abgeordneten Mumme mit 15 Stimmen gegen die Sozialisten dem Reichseinkommensteuergebot die Bestimmung eingefügt, daß „Steuern an die in Art. 137 der Reichsverfassung genannten Röperschaften“, d. h. die Kirchensteuer, vom Gemeinbeitrage der Einkünfte in Abzug zu bringen sind. Der Beschluß, der die kirchliche Arbeit damit als kulturell und stiftlich wertvoll anerkennt, ist zu begrüßen.

Großhörsa. Am vorigen Sonntag den 16. Juli 1922 konnte der hiesige Turnverein „Frisch auf“ sein 30 jähriges Fahnenjubiläum und 38 jähriges Stiftungsfest in feierlicher Weise begreifen. Am Abend vorher hatten sich die Mitglieder mit ihren Angehörigen zu einem zwanglosen Beisammensein im Gasthof eingefunden. Der Vereinsvorsitzende Arthur Hünich begrüßte die Erschienenen durch eine faktisch gehaltene Ansprache, dabei auf die Entstehung des Vereins, seine Entwicklung und seine Ziele näher eingehend. Zur besonderen Freude des Vereins konnte er an diesem Tage verschiedene Auszeichnungen zuteilen werden lassen und zwar für 10jährige Mitgliedschaft an Paul Achter, Johannes Leichsenring, Martin Höhle, Albin Meile, Karl Köhler, für 25jährige

Mitgliedschaft an Max Berndt, Paul Menzer, Oskar Mende, Otto Fröhliche, Hermann Wolf und Hermann Hünich. Ferner ernannte man in Anerkennung der großen Verdienste um den Verein Hermann Hünich, Hermann Wolf, Otto Fröhliche und Paul Menzer zu Ehrenmitgliedern unter Überreichung eines geschmackvoll gehaltenen Ehrendiploms durch den Vorsitzenden, an die er die Hoffnung knüpfte, daß es diesen Herren vergönnt sein möge, noch recht viele Jahre dem Verein treu zur Seite zu stehen. Im Namen der Geehrten dankte Otto Fröhliche dem Verein für die ihnen zuteil gewordenen Ehrungen und versicherte, auch in Zukunft dem Verein Treue zu bewahren. Der eigentliche Jubeltag wurde am Sonntag früh 5 Uhr durch Wedekind gespielt vom Spielmannszug des Vereins, eingeleitet, an den sich 1/2 8 Uhr eine Kransniederlegung am Kriegerdenkmal anschloß. Von 8–11 Uhr vormittags waren Wettkämpfe auf dem Sportplatz vorgesehen, die infolge des eingetretenen Regenwetters durch Gesellschaftsspiele unter Leitung des Spielwarts, Lehrer Schenkel, ersetzt werden mußten. Von 12–1/2 Uhr stellten die Mitglieder zum Empfang der Vereine im Gasthof. Trotz des gerade nicht günstigen Wetters hatten sich neben den eingefundenen Ortsvereinen (Militärverein, Gesangverein, Frauenverein) eine Anzahl Festlungenfrauen, Schulknaben, Schulmädchen, auch auswärtige Turnvereine bzw. Abordnungen eingefunden und zwar waren erschienen: Rabenau I, Rabenau „Vorwärts“, Dippoldiswalde „Jahn“, Dippoldiswalde 1860, Seifersdorf, Vorlos, Höckendorf, Dorfhain, Obercarsdorf, Reinholdshain u. U., Hainsberg, Somsdorf und Zonen, teils mit Fahnen. Um 2 Uhr bewegte sich der Festzug durch den festlich geschmückten Ort und Kleindöbra. Nach Auflösung desselben im Turngarten des Menzerischen Gathofes brachte der Männergesangverein „Liederkranz“ das Lied „Dies ist der Tag des Herrn“ zum Vortrag. Hierauf begrüßte der Vereinsvorsitzende alle Erschienenen. Die Festrede hatte in liebenswürdiger Weise das Ehrenmitglied des Vereins, Gutsbesitzer Paul Hünich in Wörtern übernommen. Er verstand es, in vor trefflichen, markigen Worten auf die Entstehung des Vereins und seine Entwicklung einzugehen, dabei die wertvollen Leistungen seiner Mitglieder hervorhebend. Seine Worte galten auch den auf dem Schlachtfelde gefallenen 11 ehemaligen Vereinsmitgliedern. Mit dem Mahnral, auch in der heutigen zerstörten Zeit treu zusammenzustehen, schloß der Redner seine mit großem Beifall aufgenommene Ansprache. Dann folgte die Entgegennahme der dem Verein zugeschickten Geschenke. Die Glückwünsche des Gauvorsitzenden der Gauvorsteher Flöha–Pirna. Im Schluswort dankte der Vereinsvorsitzende allen, die den Verein durch Work und Tat ehren, und denen, die so zur Verschönerung des Festes beitragen. Unter Leitung des Turnwarts Börner traten dann die Schulknaben zu Freilübungen zusammen, die von den kleinen Schenklern ausgeführt wurden. Leider mußten sie durch das plötzlich eingetretene Regenwetter abgekürzt werden. Im Saale kamen dann unter Leitung des Dammenturnwartes Hertel reizende Freilübungen durch Schulmädchen, die ebenfalls ausgezeichnet klapperten und mit viel Beifall aufgenommen wurden, zum Vortrag. Anschließend folgte ebenfalls auf dem Saale, der bis auf den letzten Platz gefüllt war, ein Schauturnen durch hiesige Turner, an das sich ein allgemeines Kärtturnen, woran sich auch auswärtige Turnbrüder beteiligten, anschloß. Alle Darbietungen kamen faktisch zur Ausführung und der nicht enden wollende Beifall war der beste Beweis dafür, daß Hervorragendes geleistet wurde. Ein unter freien Weisen von der Lorenzschule gespielter Festball hielt die Festteilnehmer noch lange zusammen. Möge sich bei Vielen und namentlich bei der Jugend die Erkenntnis wahrnehmen, daß der Turnverein in erster Linie dazu da ist, die Körperkraft eines jeden durch Leibesübungen zu heben. Deshalb der Mahnral an alle noch Fernstehenden: Tretet ein in den deutschen Turnverein! Gut Heil!

Dresden. Der Sonderausschuß für die Gemeindereform berief am Mittwoch die Kapitel „Staatsaufsicht“ zu Ende. § 175 beabsichtigte, daß die Aufsicht über nicht bezirkstreie Gemeinden, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes der Revidierten Städteordnung unterstellt werden sollen, das Ministerium des Innern auf Antrag der Gemeinden nur für die nächsten 5 Jahre der Kreishauptmannschaft zu übertragen hat. Ein Antrag Dr. Hübschmann (D. V.), die Belehrung auf 5 Jahre zu streichen, wurde angenommen. § 213 besagt, daß Gemeinden mit mindestens 25 000 Einwohnern, die beim Inkrafttreten des Gesetzes einem Bezirkserband angehören, unter gewissen Voraussetzungen ohne weiteres austreten können. Ein unabhängiger Antrag, die Gesamtbevölkerungszahl auf 20 000 festzusehen, wurde angenommen, ein Antrag

Dr. Hübschmann, die Zahl auf 10 000 herabzusehen, abgelehnt. Der 4. Abschnitt „Wohlfahrtspflegebezirke und Fürsorgeverbände“ und der 5. Abschnitt „Sonstiges“ wurden ohne wesentliche Debatte nach der Vorlage angenommen. In der Gesamtabstimmung lehnten die Bürgerlichen geschlossen das Gesetz ab, weil verschiedene Bestimmungen, die auf Antrag der Unabhängigen mit Hilfe der Kommunisten und der Mehrheitssozialisten angenommen worden waren, insbesondere die auf eine vollkommene Schwächung und Auslöschung der Stellung des Gemeinderates und des Bürgermeisters hinzielten, die Belange der Gemeinden zu beeinträchtigen geeignet sind, daß ihnen keinesfalls zugestimmt werden konnte. Es ist zu bedauern, daß die Vertreter der Linksparteien in Überspannung ihres theoretischen Prinzips die nachdrücklichsten Bedenken der bürgerlichen Abgeordneten, die in der sachlichsten Weise mitgearbeitet haben, völlig unberücksichtigt liegen. Den Nachteil werden, wenn die Gemeindereform wirklich in der vorliegenden Form Gesetz werden sollte, die sächsischen Gemeinden haben. Daß in der voraussichtlich im Herbst vorzunehmenden 2. Ausschusssitzung das Gesetz eine wesentlich andere Form annehmen wird, ist nach dem bisherigen Verhalten der Linksparteien kaum anzunehmen.

Das sächsische Kultusministerium hat angeordnet, daß gemäß einem Beschluß des Landtags festzuhalten ist: 1. Wie viele Volkschullehrer die Erteilung des Religionsunterrichts ablehnen haben; 2. wie viele Erziehrkräfte zur Erteilung des Religionsunterrichts eingestellt und 3. wie viele Kinder durch die Erziehungsberechtigten vom Religionsunterricht abgemeldet worden sind. Das Ergebnis ist bis 1. September anzugeben. Zu 1. ist noch anzugeben, wie viele von den Lehrern, die Religionsunterricht erteilen, ihn auf Grund der Zwidauer Thesen geben.

Freiberg. Die Elternratswahlen erbrachten für die „Christliche Elternvereinigung“ in allen 5 Bürgerschulen einen Wahlsieg. Insgesamt erlangten die Vertreter der christlichen Liste 43 Sitze, während der „Bund der freien Schulgemeinschaften Deutschlands“ als Vertreter der weltlichen Schule nur 13 Sitze erhielt.

Leipzig. Auf einer Wiese zwischen Stötteritz und Holzhausen mühete sich dieser Tage ein Hundebesitzer damit ab, seinem Hund das Aufsuchen eines versteckten Gegenstandes beizubringen. Er hatte zu diesem Zweck seine Brieftasche mit etwas Geld in einem Gestell verstellt. Der Hund suchte auch richtig das Gestell ab, kam aber stets ohne die Brieftasche zurück. Es stellte sich heraus, daß die Brieftasche verschwunden war. Vermöglich hatte sie ein 19- bis 20-jähriger Bursche, der für die Hundekostüm Interesse gezeigt hatte und auch half, unbemerkt aus dem Gestell gestohlen, denn er war plötzlich mit seinem Fahrrad davongefahren.

Riesa. Nach der „Sächs. Elbgauzeitung“ sollten von den für die Verpflegung der Flüchtlinge bestimmten Geldern Unterschläge in Höhe von 3,5 Millionen Mark gemacht worden sein. Wie von zuständiger Stelle verlautet, schweigt diese Angelegenheit noch in der Untersuchung. Vor zwei Monaten sind durch die vorgesetzten Dienststellen von Berlin und Dresden bei der Rassenprüfung Unregelmäßigkeiten aufgedeckt worden. Der Rassenleiter wurde deshalb in Untersuchungshaft genommen. Weiteres läßt sich zurzeit nicht sagen.

Waldbheim. Die kostenlose Totenbestattung wurde hier von den städtischen Kollegien beschlossen. Schon in den letzten Haushaltplan waren 300 000 M. dafür eingesezt. Es wurde beschlossen, daß eine besondere Abgabe erhoben wird, durch die die Hälfte des eingestellten Betrages von 300 000 M. gedeckt wird, während die andere Hälfte als städtischer Zuschuß zu gelten hat. Die Abgabe zur Totenbestattung ist von jedem über 16 Jahre alten männlichen und weiblichen Einwohner in einem Betrage am 1. Mai zu entrichten. In Kraft treten soll das Ortsgesetz am 1. Oktober d. J. Für dieses Jahr soll nur die Hälfte der Abgabe erhoben werden.

Glashau. Neun Bismarckäste konnten im Rothschönen Leich im benachbarten Lobsdorf gefangen werden. Zwei von ihnen waren besonders große Exemplare.

Frankenberg. Jugendliche Rüpel. Im Interesse der Eltern wird darauf hingewiesen, daß während der Ferienzeit gerade die Knaben häufig unbedacht sind, dann vielfach dumme Streiche auszuführen, welche auf den Geldbeutel der Eltern oft empfindlichen Druck ausüben. So ist es am zweiten Tag der Ferien vorgekommen, daß sich 4 Knaben damit belustigt haben, nicht weniger als 97 Fensterscheiben an der hinteren Seite der Kaserne einzuhauen. Bedenkt man, daß eine einzige Scheibe rund 140 M. kostet, so wird man im Stillen denken, es ist nur gut, daß deiner nicht

dabei gewesen ist. Also warnen und vorbeugen, damit man vor Verlust bewahrt bleibt!

Gallenau. Der im 11. Lebensjahr stehende Schulknabe Kurt Gehmlich hier war von einer Kreuzotter in die Pulse oder am rechten Handgelenk gebissen worden. Trotzdem ein Schulkamerad die Wunde sofort abschnüttete, drang das Gift in den Arm, der dem bedauernswerten Anabend im Chemnitzer Krankenhaus amputiert werden musste.

Treuen. Rittergutsbesitzer Adler, Eigentümer der Rittergärtler Unterlauterbach bei Treuen und Straßberg bei Plauen, hat zur Erinnerung an seinen im vorigen Jahre verstorbenen Sohn, der das Rittergut Unterlauterbach bewirtschaftete, der Gemeinde Unterlauterbach ein Grundstück zur Anlegung eines Friedhofes geschenkt. Der Friedhof soll zugleich als Gedächtnisstätte für die im Weltkriege gefallenen Mitglieder der Gemeinde angelegt werden.

Bärenstein i. Erzg. Schlimme Zustände herrschen jetzt im kleinen Ort, sowie in den nahen Grenzorten. Da jetzt die böhmische Krone etwa 12 M. gilt, kommen die böhmischen Bewohner in Massen nach den sächsischen Orten und kaufen Lebensmittel, Kleidungsstücke und Wäsche in Mengen an und schaffen sie über die Grenze. Gerade in den letzten Tagen war es hier unheimlich, und die einheimische Bevölkerung mußte ruhig zuschauen, wie ihnen die notwendigsten Lebensmittel im Handumdrehen weggekauft und verteilt wurden. So stieg das Pfund Rindfleisch in einem Tage von 60 auf 72 M. und Butter von 76 auf 100 M. Verschiedene hiesige Läden waren ausverkauft und die einheimische Bevölkerung konnte nicht einmal das ihr zustehende Markenbrot bekommen, da es fast alle Bäcker an die böhmische Bevölkerung verkauft hatten. Sollten diese Missstände nicht schnellstens beseitigt werden, so dürften die Einwohner schließlich zum Schlimmsten greifen.

Bauhen. Eine politische Aussprache gab es in der letzten Stadtverordnetensitzung in Bauhen. Beide sozialdemokratischen Parteien hielten den Initiativvorschlag eingebracht, den Uschinen König-Friedrich-August-Platz, auf dem sich der Bauhener Justizpalast mit Amtsgericht und Landgericht befindet, in Nalbenau-Platz umzubenennen. Der Führer der Mehrheitssozialisten, Professor Schuster, erklärte, der Platz vor dem Justizpalast sei deswegen gewählt worden, damit denen, die dort Recht zu sprechen haben, jederzeit vor Augen geführt werde, daß sie jetzt Recht zu sprechen haben im Dienste der Republik und daß sie Diener der republikanischen Verfassung sind. Die demokratische Fraktion trat durch ihren Sprecher, Stadtverordneten Fabrikdirektor Jöhne, für den Vorschlag ein. Stadtverordneten-Vorsteher Professor von der Alschloß sich ebenfalls dem Antrage auf eine Ehrung Rathenaus an. Sah aber in der Wahl des Ortes eine parteipolitische Tendenz, die die wirtschaftliche Vereinigung abschne. Die Monarchie gehöre der Geschichte an und die Geschichte bleibe, daran könne auch die Umbenennung von Straßen und Plätzen nichts ändern. Er beantragte, eine noch zu benennende Straße mit dem Namen Rathenaustraße zu belegen. Von sozialdemokratischer Seite wurde dies als unerhört bezeichnet und gemahnt, das Tischtuch zwischen rechts und links nicht zu zerreißen. Um die Situation zu retten, wurde die Sitzung auf 10 Minuten unterbrochen, um den Fraktionen Gelegenheit zu vertraulicher Aussprache zu geben. Die Rechten blieb jedoch fest und stellte nur den Eventualantrag, den Bahnhofplatz als Rathenauplatz zu bezeichnen. Dies wurde von der Linken jedoch abgelehnt. Die Abstimmung ergab die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages mit den Stimmen der Rechten, die die absolute Mehrheit hat. Für den sozialdemokratischen Antrag stimmten die Mehrheitssozialisten, die Unabhängigen und die Demokraten. Nach diesem Abstimmungsergebnis verließen die Sozialdemokraten den Sitzungssaal. Der Antrag, den Bahnhofplatz als Rathenauplatz zu benennen, wurde mit den Stimmen der Rechten angenommen. Dagegen stimmten die Demokraten. Nunmehr darf man auf die Entschließung des Rates gespannt sein.

Unsere Zahlungsschwierigkeiten.

Das Plenum des Reichstages ist in einer schweren Zeit auseinandergegangen, ohne die Entscheidung der Reparationskommission in der Frage des Zahlungsausschusses abzuwarten. Es wurde dem Auswärtigen Ausschuß überlassen, mit der Regierung die erste außenpolitische Lage zu beredeten, die wahrscheinlich durch die Forderungen der Entente in bezug auf die Finanzkontrolle Deutschlands entstehen wird. Der Garantieausschuß, der im Auftrage der Reparationskommission die gegenwärtige Finanzlage Deutschlands an Ort und Stelle prüfen sollte, hat sich am Dienstag nach Paris begeben und wird dort der Reparationskommission seinen Bericht erläutern bzw. seine Vorschläge für die Befestigung der deutschen Zahlungsschwierigkeiten unterbreiten.

Wie der Bericht des Garantieausschusses aussaß, darüber ist zur Stunde noch nichts Genaues bekannt. Die bisher vorliegenden Meldungen lassen jedoch wieder einmal Schlimmes für Deutschland befürchten. Wie es heißt, hat der Reichskanzler einen Brief vom Präsidenten des Garantieausschusses erhalten, in dem für die Gewährung des Moratoriums „Sicherheiten“ gefordert werden. Man erzählt sich in parlamentarischen Kreisen davon, daß sie den folgenden Inhalt haben: Überlassung von Pfändern in Gestalt von Industriekräften und Einführung einer sehr harfen Finanzkontrolle. Der Gedanke läßt sich nicht von der Hand weisen, daß die Franzosen, die treibenden Kräfte im Wiederherstellungsbauschaus und Garantiekomitee, bei den Industriekräften in erster Reihe die Montanaktien im Auge haben mögen. Und was liegt näher, als daß sie bei diesen Montanaktien an die Ruhrkohle und die rheinisch-westfälische Industrie überhaupt denken? Das scheint ihnen sicherer und einträglicher als die Ruhrbefreiung.

Was die zweite Forderung angeht, so haben schon im Januar Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und dem Garantiekomitee stattgefunden, deren Endziel die Kontrolle des deutschen Außenhandels durch die Entente ist. Das Garantiekomitee hat für sich das Recht gefordert, durch seine Abgeordneten den Geschäftsbetrieb der deutschen Außenhandelsstellen zu „prüfen“ und genaue Auskünfte und Unterlagen zur Nachprüfung der Ausfuhr- und Einfuhrbewilligungen einzuholen. Wenn der Entente dieses Recht zugestanden wird, so wäre sie imstande, jeden Warenballen, jedes Stoffe und wiederum jede Rechnung und jede Unterlage einzufordern und nachzuprüfen. Eine Handelsespionage aller größten Stils wäre das Ergebnis solcher Abmachungen. Es heißt, es wäre indessen bei den dieser Tage beendeten Verhandlungen mit dem Garantiekomitee eine Einigung erzielt worden. Welcher Art diese Einigung ist, ist noch nicht bekannt geworden. Über auf keinen Fall können wir damit rechnen, daß nun etwa eine Besserung unserer außenpolitischen Lage eingetreten wäre, weil es vielleicht gelungen ist, eine Außenhandelskontrolle in dieser Form abzuwehren, wenn gleichzeitig die Forderung auf Zulassung von Ententekontrollen bei den Finanzämtern gestellt wird. Die französische Politik steht auf dem Standpunkt, daß es keinesfalls zugegeben ist, daß Deutschland etwa zahlungsfähig ist, sondern nur, daß der deutsche Staat seinen bösen Willen bewiesen habe, daß er seine unterschriebenen Verpflichtungen nicht erfüllt habe, und daß nunmehr die Zeit gekommen wäre, diesen Tatbestand der Richterfüllung ausdrücklich festzustellen und zum Anlaß für weitere Aktionen zu nehmen.

Die Reichsregierung steht wieder einmal vor schweren Entscheidungen. Wird die Reichsregierung die Kraft zum Widerstand gegen die französische Expresspolitik aufbringen? Zunächst wird man erst einmal eine authentische Erklärung darüber erwarten müssen, welcher Art die Forderungen des Garantiekomitees tatsächlich sein werden. Weder von deutscher Seite, noch von der Gegenseite liegen bisher bestimmte Nachrichten vor. Auf jeden Fall hat das deutsche Volk allen Anlaß, den Parteihader endlich einmal aufzugeben und sich zu einer einheitlichen Front gegen rechtsradikale und unmögliche Nutzungen von Seiten Poincaré und seiner Organe zusammenzuschließen.

Der Selbstmord der Mörder.

Die polizeilichen Ermittlungen auf Burg Saaleck.

In Anwesenheit des Naumburger Oberstaatsanwalts und der Beamten der politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums fand eine gründliche Durchsuchung der Räumlichkeiten im Innern der Burg Saaleck statt. Bei den Leichen der Mörder wurde neben den Kleidungsstücken, die sie sich befannlich auf ihrer Flucht von Mecklenburg nach Mitteldeutschland unterwegs beschafft hatten sowie einer Generalstabskarte, bares Geld in Höhe von 3000 Mark gefunden. Danach trifft die Annahme nicht zu, daß Fischer und Kern auf ihrer Flucht vom Geld und sonstigen Hilfsmitteln entblößt waren. Allem Anschein nach hatten sie das Versteck in der Ruine Saaleck nur deshalb aufgesucht, um dort das Ende der polizeilichen Fahndungssaktion in Mitteldeutschland abzuwarten und dann mit Hilfe falscher Ausweispaßpapiere und Auslandsbürgen, die mit Kurieren schon von Süddeutschland nach Kösen unterwegs waren, die Flucht fortzusetzen und das Ausland, vermutlich die Tschecho-Slowakei, zu erreichen. Die Polizeiaktion gegen Burg Saaleck scheint danach noch gerade im richtigen Moment erfolgt zu sein, waren die Beamten auch nur 24 Stunden später gekommen, so hätten sie wahrscheinlich das Nest leer gefunden.

Verhaftung des Dr. Stein.

Die Rolle, die der augenblickliche Bewohner des Turmes, der Vorsitzende der Burg- und Waldgemeinde Thüringen Dr. Hans Wilhelm Stein, in dieser Angelegenheit spielt, ist noch nicht geklärt. Dr. Stein war am letzten Donnerstag mit seiner Frau nach Berlin gefahren und lebte am Montag abend nach Saaleck zurück, kurz nachdem die beiden Mörder in den von ihm bewohnten Räumen tot aufgefunden worden waren. Da ihm die Beamten den Zugang zur Burg verwehrten, blieb er die Nacht über im Dorfe Saaleck. Am Tage darauf wurden er und seine Frau in Schutzhaft genommen und nach dem Untersuchungsgespräch übergeführt. In seiner Wohnung am Burgturm fand man einen Karabiner, eine Pistole und dazugehörige Munition. Die Nachforschungen der Polizei beweisen sich hauptsächlich in der Richtung, mindestens Dr. Stein möglichweise als Begünstiger und Helfer der beiden Mörder in Frage kommt und ob ihm ein Zusammenhang mit irgend welchen rechtsradikalen Organisationen nachgewiesen werden kann. Er wurde später nach Berlin übergeführt, wo er vorläufig in Haft bleibt.

Kern war schon angegeschossen?

Die Ermittlungen der Berliner politischen Polizei erstrecken sich jetzt weiterhin darauf, ob noch weitere Personen der Begünstigung schuldig sind. Es wird festzuhalten sein, welche Helfershelfer die Flucht von Fischer und Kern in den Tagen vom 9. bis 17. Juli unterstützt haben. In dieser Hinsicht ist folgendes bemerkenswert: Die Veide von Kern weist am Oberschenkel halbverheilte etwa acht Tage alte Schußwunden von Schrotgeschossen auf. Wer in den letzten acht bis zehn Tagen mit Schrot auf verdächtige Personen geschossen hat, wird gebeten, dem Berliner Polizeipräsidium, Abteilung 1A, Mitteilung zu machen.

Politische Rundschau.

— Berlin, 20. Juli 1922.

— Der Reichspräsident wird nicht nach Kreuzenstadt zurückkehren, sondern bis auf weiteres in Berlin bleiben.

— Der letzte Gouverneur von Bremen, Generalleutnant Herdt, im Frieden Kommandeur der 35. Infanterie-Brigade, ist in Berlin plötzlich verstorben.

— Die bürgerlichen Parteien des Saargebietes ersuchen den Volksbundsrat, das saarländische Mitglied der Regierungskommission des Saargebietes Dr. Hector im Herbst nicht mehr zu bestätigen.

■ Reichspräsidentenwahl im Dezember oder Januar. Der Reichspräsident hat wiederholt gebeten, die Neuwahl des Reichspräsidenten vorzunehmen, sobald rechtliche und tatsächliche Hindernisse nicht mehr im Wege stehen. Nachdem nunmehr der deutschverbündende Teil Oberschlesiens abgegrenzt und geräumt ist, hat der Reichspräsident den Reichskanzler erneut um Übernahme der Wahl durch den Reichstag ersucht. Der Reichskanzler hat die Frage mit den Parteiführern eingehend besprochen. Diese waren einmütig der Auffassung, daß es nicht zweckmäßig sei, den Wahltag noch vor dem Abschluß der Verhandlungen des Reichstages festzulegen, daß dagegen die Befreiung des Reichstages hierüber als bald nach seinem Wiederzusammentreffen im Oktober vorgenommen werden soll. Danach wird die Wahl voraussichtlich im Dezember oder Januar stattfinden.

■ Die zweite Moratoriumswoche. Ende der vorigen Woche ist den Verbandsmächten eine deutsche Note übergeben worden, in der unter Bezugnahme auf das an die Reparationskommission gerichtete Stundungsgesuch für die Zeit bis zum Ende des Jahres 1924 beantragt wird, daß die monatlichen Auszahlungen auf die Hälfte verringert werden, die zurzeit zwei Millionen Pfund betragen, auf eine halbe Million herabgesetzt werden, und daß Barzahlungen auf Abschnitt IV des Teiles 10, insbesondere auf § 297 des Vertrages von Versailles in dieser Zeit nicht zu leisten sind.

■ Die Reparationslieferungen an Frankreich. Das Wiesbadener Hauptabkommen sowie die dazugehörigen Nebenabkommen werden nach einem Übereinkommen der deutschen und der französischen Regierung vom 20. Juli dieses Jahres zur Anwendung gelangen. Von diesem Tage an gilt deshalb für die Reparationslieferungen an Frankreich, soweit sie für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bestimmt sind, der freie Verkehr. Ausgenommen vom freien Verkehr sind gewisse in einer besonderen Liste zusammengestellten Waren, für die das Verfahren des Wiesbadener Abkommens gelten wird. Mit Durchführung des letzteren ist der Reichskommissar zur Ausführung von Aufbauleistungen in den zerstörten Gebieten beauftragt worden. Zur Ausführung des freien Verkehrs mit Frankreich und des Wiesbadener Abkommens sind zwei Bekanntmachungen erlassen worden, die im Reichsanzeiger veröffentlicht werden.

■ Nur geringe Zugeständnisse in der Kohlenfrage. Bekanntlich hat die deutsche Regierung der Entente den Vorschlag gemacht, englische Kohlen anstelle der rückständigen Wiederherstellungshöhe zu liefern. Wie die „Kölner Zeitung“ hierzu erläutert, haben die Verbandsmächte das deutsche Angebot abgelehnt und sich auch den Vorschlägen der deutschen Note über die Schwierigkeiten der deutschen Kohlenversorgung gegenüber durchaus ablehnend verhalten. Wenn überhaupt mit einer Milderung der deutschen Kohlenlieferungen gerechnet werden könnte, was noch fraglich sei, so werde es sich um so geringfügige Zugeständnisse handeln, daß sie an unserer schwierigen Lage kaum etwas ändern könnten. Insbesondere verharrten die Verbandsmächte auf der vorzugsweisen Lieferung von Koks und Koito Kohle mit ihren tief einschneidenden Rückwirkungen auf die gesamte deutsche Industrie.

■ Calonder beim Reichspräsidenten. Der Reichspräsident empfing am Dienstag den Präsidenten Calonder und die übrigen Mitglieder der Gesamtfraktion für Oberschlesien. Reichspräsident übertrug in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß Calonder als Vorsitzender der deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien eine hohe Auffassung seiner Pflichten gezeigt und durch seine gerechte und stets verhöhnende Haltung das Zustandekommen der Verständigung wesentlich erleichtert habe. Oberschlesien sei entzlossen, alles zu tun, um Oberschlesien, soweit es noch zu Deutschland gehört, weiter zu einkämpfen und ihm nach langer, schwerer Zeit Ruhe, Frieden und Ordnung wiederzugeben. Das Vertrauen des deutschen Volkes und der deutschen Regierung begleite den Präsidenten Calonder bei seiner großen und schwierigen Aufgabe. Präsident Calonder dankte für die freundliche Aufnahme, die er in Berlin gefunden habe, und für das ihm durch die Worte des Reichspräsidenten ausgewiesene Vertrauen. Präsident Calonder und die übrigen Mitglieder der Gesamtfraktion für Oberschlesien statteten im Anschluß an den Empfang beim Reichskanzler dem preußischen Ministerpräsidenten einen Besuch ab.

■ Pensionierung aus politischen Gründen. Wie der amtliche Preußische Pressedienst meldet, hat das preußische Staatsministerium beschlossen, die folgenden Regierungspräsidenten aus allgemein politischen Gründen in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen: von Gersdorff (Merseburg), von Schmettow (Stettin), von Groening (Möbeln), Freiherr von Dalwigk zu Lichtenfels (Machen), von Heyde (Aurich), Graf von Meerfeld (Münster) und Dr. Kutschner (Hildesheim). — In der gleichen Sitzung beschloß das Kabinett, den Regierungspräsidenten Dr. Kutschner in Trier zum kommissarischen Oberpräsidenten der Rheinprovinz zu bestellen.

■ Die Erhöhung der Beamtengehälter. Der Reichstag hat sich in seiner soeben abgeschlossenen Sommertagung mit der geplanten neuerlichen Angleichung der Beamtengehälter und Löhne an die Geldentwertung nicht mehr befreien können. Reichsfinanzminister Dr. Hermes erklärte daher in seiner Begrüßung mit den Vertretern der Reichstagsfraktionen, daß die von ihm bereits in Aussicht gestellte durchgreifende Erhöhung der Bezüge während der Beratung des Reichstages durchgeführt werden soll im Einverständnis mit dem 8. Reichstagsausschuß, dem sogenannten Lieberwachtausschuß, der den Reichstag während dessen Beratung vertritt. Über das Ausmaß der in Aussicht genommenen Erhöhungen der Beamtenbezüge wird sich die Regierung erst in den am Sonnabend, dem 22., anberaumten Verhandlungen mit den Beamtenorganisationen äußern.

■ Sozialdemokraten und Gewerkschaften. Die beiden sozialistischen Parteien, S. P. D. und U. S. P. D.

sowie die freien Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften veröffentlichte eine gemeinsame Erklärung, in der sie die Haltung der sozialistischen Reichstagsfraktionen während der letzten kritischen Tage zu rechtfertigen suchen. Die Schaffung einer Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten sei zur Tat geschehen, die von den Sozialisten geforderten Gesetze zum Schutz der Republik seien mit Zustimmung der sozialdemokratischen Parteien verabschiedet. Allerdings sei nicht alles, was sie verlangt hätten, erreicht worden. Die bayerische Regierung verweigerte die Freilassung der politischen Gefangenen, auch die verurteilten Eisenbahner seien von der gesetzlichen Amnestierung ausgeschlossen. Trotz aller Mängel im einzelnen sei in den Gegebenen eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustand zu erblicken. — Zum Schluß der Erklärung werden die Gründe geschildert, die die sozialistischen Parteien bewogen haben, eine Auflösung des Reichstages zu vermeiden. Auflösung des Reichstages bedeutete Verzägerung der Gesetze zum Schutz der Republik. Sie hätte zu einer Verschärfung der außenpolitischen Krise geführt, zu einer Erhöhung der dringendsten Pflichtungen der Reparationsfrage, sie hätte die wirtschaftliche Notlage infolge der politischen Unsicherheit verschärft, den Sturz des Markt beschleunigt, die Preissteigerung gefördert und so die Arbeiterschaft besonders geschädigt. Deshalb hätte man dieses Mittel nicht angewandt. Über der Kampf sei nicht abgeschlossen, er daure fort! Das Werk der Einigung sei begonnen. Es müsse vollendet werden.

** 6,9 Milliarden Eisenbahnbefreiung im Rechnungsjahr 1921. Der Abschluß des ordentlichen Haushalts für die Reichsbahnverwaltung für das Rechnungsjahr 1921 liegt vor. Er ergibt eine Einnahme von 45,1 Milliarden und eine Ausgabe von rund 52 Milliarden. Der Fehlbetrag beläuft sich mindestens auf 6,9 Milliarden, das ist gegenüber dem Haushaltssatz 1920 von 16,8 Milliarden eine Verbesserung um 3,9 Milliarden und gegen den Fehlbetrag im Rechnungsjahr 1920 mit 15,6 Milliarden eine Verbesserung um 8,7 Milliarden Mark. Der Fehlbetrag ist also geringer als nach der vom Reichsministerium verantworteten Schätzung.

** Das oberschlesische Zentrum zur Autonomie. Die Vertreterinnen der Oberschlesischen Volkspartei (Centrum) traten in London zu einer Tagung zusammen, um zu der neuen Lage in der Autonomiebewegung Stellung zu nehmen. Nach einem Votervorstand des Abg. Mlyka sah die Versammlung einstimmig eine Entscheidung, daß das Reichstagsgesetz über die Regelung der Selbständigkeitsschule der Provinz Oberschlesien Sicherung für die Erfüllung der dringendsten Bedürfnisse und Wünsche des oberschlesischen Volkes im Sinne einer verständnisvollen und gerechten Behandlung der Bevölkerung gebe und daß infolgedessen für die Partei keine Verantwortung vorliege, in der Abstimmung am 3. September für die Bildung eines eigenen Landes (Gliedstaates Oberschlesien) einzutreten. — Damit ist bei der ausschlaggebenden Bedeutung des Zentrums in Oberschlesien die Autonomiefrage gelöst und der Verbleib Oberschlesiens bei Preußen gesichert.

** Verbot der Marburger Studententagung. Das Oberpräsidium für Hessen-Nassau hat die von den auf antisemitischer Grundlage stehenden Gruppen der deutschen und österreichischen Studentenschaft für Ende Juli nach Marburg einberufene Studentenversammlung auf Grund des Allgemeinen Landrechts und auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz der Republik verboten.

** Der Kölner Bürgersrat hat die britischen Mandate für Togoland und Kamerun, sowie das belgische Manoat für den ihm zugeallenen Teil Ougandas bestätigt.

** Die beiden Briten Dunn und O'Sullivan wurden wegen Ermordung des englischen Feldmarschalls Wilson zum Tode verurteilt.

** Nach einem Bericht aus Moskau ist der Erzbischof Platon zum Tode verurteilt worden, weil er sich geweigert hat, den Sowjetbehörden Kirchenschäfe auszuliefern.

Frankreich: Poincaré in Erwartung des Berichtes des Garantikomitees.

** Nach einer Havasmeldung hat Poincaré die britische Regierung davon verständigt, daß er nicht in der Lage sei, das Datum anzugeben, wann er mit Lloyd George in London zusammen treffen könne, bevor er Kenntnis von dem Bericht des Garantikomitees genommen habe, der eventuell eine ernsthafte Grundlage für die geplanten Verhandlungen über die Reparationen abgeben könnte. Die dem britischen Gesandten in Paris übermittelte Note schließt daher, so heißt es in der Havasmeldung weiter, keineswegs die Möglichkeit eines Zusammentreffens der beiden Staatsmänner aus, das übrigens in Paris wie auch in London wünschenswert erscheine. Der französische Ministerpräsident behalte sich nur vor, den Angeklagten auszuhören, den er für den günstigsten halte. — Das Garantikomitee hat sich inzwischen nach Paris begeben. Ein Bericht des Komitees über die deutsche Finanzkontrolle liegt bereits bei den Reparationskommission vor.

Frankreich: Die Verwendung der deutschen Arbeiter.

** Die Entscheidung des Arbeitsministers Trocque, deutsche Arbeitskräfte zwar im Innern Frankreichs, aber nicht in den zerstörten Gebieten zu verwenden, hat in Nordfrankreich große Missstimmung hervorgerufen. Das Aktionskomitee für die zerstörten Gebiete hat deshalb beschlossen, Poincaré in einer Audienz darüber aufzuhallen, daß die Geschäftsführer für eine rationelle Verwendung von deutschem Material und Spezialarbeiten seien, doch sie aber mit ungeheurer Mehrheit den Plan Dr. Trocques ablehnten, auf Grund dessen die deutschen Arbeiter unter Ausschluß der befreiten Gebiete für öffentliche Arbeiten im Innern Frankreichs verwendet werden sollten.

Der Bericht über die Garantie-Verhandlungen.

** Berlin, 19. Juli. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags trat heute vormittag zu einer Sitzung zusammen, um sich mit den Verhandlungen der Reichsregierung mit dem Garantikomitee zu beschäftigen. Fast alle Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses waren erschienen. Den Vorsitz führte der Abg. Stresemann. Vom Reichskabinett waren neben dem Reichskanzler Dr. Wirth der Staatssekretär Bauer, der

Reichswirtschaftsminister Schmidt und der Finanzminister Hermes anwesend. Besonders bemerkbar wurde, daß der deutsche Botschafter in Paris Dr. Mayer zu dieser Sitzung erschienen war. Der Ausschuss nahm zunächst den Bericht des Reichsfinanzministers Dr. Hermes über die Verhandlungen mit dem Garantikomitee entgegen, vertagte dann aber die Ansprache darüber bis zur nächsten Sitzung am Freitag, um den gedruckten Bericht über diese Verhandlungen in Händen zu haben.

Keine Vereinigung von Industrialisation.

** Berlin, 19. Juli. Von amtlicher Seite wird bestätigt, daß das Garantikomitee vor seiner Abreise an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet hat, doch soll es nicht richtig sein, daß der Garantikomitee die Gewährung des Motorlums von der Handwerkskammer überlassung von Aktien deutscher Industrieunternehmen abhängig gemacht hat.

Die Schäfte auf Burg Saale.

** Naumburg, 19. Juli. Die Untersuchung der Polizei hat ergeben, daß Kern einen Karabinerhahn in den Kopf erhalten hat. Es ist also anzunehmen, daß Kern von einem der Schäfte, die die Beamten abgezogen hatten, getroffen wurde. Bissher mag seine Helfer dann auf das Bett gelegt haben. Es wurden große, mit Blut getränkte Wattebausche gefunden. Mit ihnen hat Sildner wahrscheinlich versucht, die blutende Wunde Kerns zu schließen. Als ihm dies nicht gelang und Kern langsam verblutete, hat er wohl die Ansichtsvolligkeit einer Flucht eingesehen und sich durch einen Revolverschuß in den Kopf gestötet.

Handüberfall im Schuhhaus.

** Dresden, 19. Juli. In der letzten Nacht wurde im Schuhhaus auf der Straße Liegnitz-Dresden ein in einem Arbeitshaus allein residierender Deutschamerikaner, der sich auf der Fahrt nach Oberschlesien befand, von zwei Männern überfallen. Als er um Hilfe rief, erhielt er einen Hieb auf den Kopf, der ihn bewußtlos machte; er wurde dann aus dem fahrenden Zug gezwungen. Von einem Bahnhofswärter aufgefunden, wurde er mit einem Güterzug nach einem Krankenhaus transportiert. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Bayerische Beratungen über die Schutzgesetze.

** München, 19. Juli. Der bayerische Ministerrat trat zu einer Sitzung zusammen, um zu der durch Annahme der Schutzgesetze im Reichstag für Bayern gesuchten Lage Stellung zu nehmen. Zu dem Ministerrat war auch der bayerische Gesandte in Berlin von Preger in München eingetroffen, der dem Ministerrat Bericht über die einzelnen Verhandlungen in Berlin erstattete.

Uud Stadt und Land.

** Totalschlagsverfahren gegen Kähne. Vor langer Zeit wurde die Leiche des 18 Jahre alten Sohnes des Obstzüchters Lärke bei Teltow bei Werder im Park des Rittergutsbesitzers Herrn v. Kähne mit einem Schuß durch den Kopf aufgefunden. Eine Untersuchung der Angelegenheit war bis jetzt ergebnislos geblieben. Als nun vor einigen Tagen auf Anregung des Vaters Lärke und auf Anregung des Justizministers von der Staatsanwaltschaft eine Belohnung von 10.000 Mark für die Aufklärung des Leichendfundes ausgesetzt wurde, meldete sich beim Obstzüchter Lärke ein junger Arbeiter aus Glindow, der mit dem jungen Lärke befreundet war. Er berichtete, daß er im Herbst 1921 mit dem aus Potsdam nach Glindow gekommenen Lärke zum Tierischen in den Park des Herrn v. Kähne gegangen war. Nach seinen Aussagen ist plausibel der alte v. Kähne mit einer Schußwaffe in der Hand auf Lärke zugegangen und habe ihn eine Kugel durch den Kopf gesetzt. Der junge Arbeiter erklärt, er sei bis jetzt so eingeschüchtert gewesen, zumal ihm Herr v. Kähne mit Anzeige wegen Vorstiegsstahl und anderer Vergehen gedroht habe, daß er es bisher unterlassen hätte, den Vorhang zu melden. Erst jetzt, als er die Bekanntmachung der Potsdamer Staatsanwaltschaft und die Mitteilung von der ausgeferten Belohnung über 10.000 Mark gelesen hätte, hätte er sich entschlossen, an die Staatsanwaltschaft heranzutreten. Herrn v. Kähne wurde jetzt offiziell von der Staatsanwaltschaft Mitteilung gemacht, daß gegen ihn eine Voruntersuchung wegen Totschlags eröffnet worden sei.

** Telegraphisten-Weltkrieg. In diesen Tagen findet bei allen größeren deutschen Telegraphenanstalten ein Telegraphisten-Weltkrieg statt. Er hat u. a. den Zweck, die Telegraphenbeamten zur Entwicklung eines dem Dienst zugute kommenden Weltkriegs anzuspornen und ihre Telegraphierfähigkeit zu erhöhen. Dieser Weltkrieg ist ein Vorläufer des in der Zeit vom 13. bis 21. August in Berlin stattfindenden 3. internationalen Telegraphisten-Weltkriegs, bei dem sich die deutschen Telegraphenbeamten mit den besten Telegraphisten fast aller europäischen Länder auf dem Felde ihrer Berufstätigkeit messen werden.

** Verdächtiger Fund von Leichenteilen. Im Hochzollkanal, zwischen Lehndorf und Döberitz, fand ein Angler ein Palet im Schilf, das einen menschlichen Fuß enthielt. Einbrüche am Fuß wiesen darauf hin, daß das Palet beim Einwurf verschüttet gewesen sein muß. Die Kriminalpolizei traf Anordnungen, daß das Gewässer weiter abgesucht wird. Man vermutet, daß auch die übrigen Leichenteile in den Kanal geworfen worden sind. Die weiteren Nachforschungen des Reichswohlfahrtspfleger förderten einen zweiten Fuß zutage.

** Zwei Pfund Butter als Zeitungseabonnementpreis. Die Moosburger Zeitung in dem niedersächsischen Städtchen Moosburg hat jetzt für ihre Abonnementpreise die Naturalwährung eingeführt. Wer von ihren ländlichen Abonnenten den "hohen" Papiermarktpreis nicht bezahlen will, kann als Abonnementpreis monatlich entweder 2 Pfund Weizenmehl oder 2 Pfund Schweinefleisch oder 2 Pfund Butter oder 1½ Pfund Schmalz oder 25 Eier entrichten.

** Eine deutsche Einheitsurzettelkarte. Der Ausdruck zur Ausarbeitung einer deutschen Einheitsurzettelkarte, der im Reichsministerium des Innern tagte, hat den Entwurf einer Verkehrszeitung fertiggestellt und der Reichsregierung überreicht. Der Entwurf soll nunmehr der Deutschen Post übergeben werden.

** Nebenfall auf einen deutsch-nationalen Abgeordneten. Der deutsch-nationalen Reichstagsabgeordnete Bädermeister Niesberg (Quedlinburg) wurde am Händelmarkt in Berlin überfallen und geschlagen, nachdem hinter ihm hergerufen war: "Das ist er ja, im grauen Anzug und mit der Altenmappe." Herr Niesberg wurde an der Stirn verletzt und erlitt einen starken Blutverlust.

** Wieder ein Flugzeugunfall im Osth. Auf der Luftpostlinie Straßburg-Paris wurde ein Flugzeug, kaum daß es Straßburg verlassen hatte, infolge einer Motorpanne zur Notlandung gezwungen. Hierbei überstieg sich der Motor und die vier Insassen wurden verletzt. Sie wurden in das Militärhospitum in Straßburg überführt.

** Streiks im Schuhhaus. Die Arbeiter der Schuhwerke in Kendorf, woher u. a. die Stadt Koblenz mit Gas versorgt wird, traten dieser Tage wegen Gehaltsdifferenzen in den Streik. Die amerikanische Beschaffungsbehörde gab darauf Befehl zur Wiederaufnahme der Arbeit und ließ späterhin zwei Gewerkschaftsführer verhaften. Nach Bekanntwerden dieser Verhaftung legten die am Montag zur Arbeit erschienenen Arbeiter die Arbeit nieder, um die Freilassung der Anklägten zu erzwingen, die jedoch bis heute von der Beschaffungsbehörde abgelehnt wurden. Amerikanische Soldaten sagten, um die Gasversorgung des Koblenzer Bezirks zu sichern, die Arbeiter der Fabrik aus ihren Wohnungen abzuschaffen zur Arbeitsstätte. Zur Unterstützung der Streikenden haben auch die Arbeiter einiger benachbarter Betriebe die Arbeit niedergelegt.

** Der Eisenbahnunfall in Rumänien. Die Untersuchung ergab, daß der Eisenbahnunfall bei Sinaia dadurch verursacht worden ist, daß die Brücke über die Prahova unter der Last von drei Lokomotiven eingestürzt ist. Die beiden Lokomotiven, der ihnen folgende Sicherheitswagen sowie ein Wagen mit 1. und 2. Klasse stürzten über die Brücke ab. Soweit bisher bekannt ist, sind bei dem Eisenbahnunglüx zwei Tote und eine sehr große Anzahl von Schwerverletzten zu beklagen. Die Brücke war im Jahre 1917 durch die deutsche Armee errichtet und seither nicht renoviert worden. Zur Verhütung weiterer Unfälle wurden Maßnahmen getroffen. Der Eisenbahnverkehr zwischen Bukarest und Sinaia ist noch nicht wieder hergestellt.

** Unterschlagungen eines Sparassenrennauten. In Schneidemühl wurden mehrere angesehene Personen im Zusammenhang mit Unterschlagungen des städtischen Sparassenrendanten Kloss verhaftet.

** Das Opfer der Großen Minenexplosion. Auf der Eglofsteinschmelze im Minendepot Großen bei Eugenbach wurde nun auch der letzte der Vermieter, der Mechaniker Wolff aus Gürboden, unter den Toten gefunden. Die Katastrophe hat somit sieben Tote gefordert. Die Beerdigung der Opfer hat Dienstag unter großer Beteiligung stattgefunden.

** Neuerfundene bei Torgan. Bei Torgan wurde bei Ausgrabungen im Vorort Gimma eine große Anzahl Urnen aufgefunden. Die älteren davon stammen aus dem Jahre 200 v. Chr.

** Schneefall in den französischen Alpen. Nach Pariser Blättermeldungen ist in Savoyen und in der Franche-Comté in den letzten Nächten Schnee gefallen. — Auch aus den höheren Regionen des Schwarzwaldes wird vereinzelter Schneefall gemeldet.

** Die Mount Everest-Tragödie. In London treten gegenwärtig Einzelheiten über den dritten vergangenen Bergaufstieg der Mount Everest-Expedition, den Gipfel zu erreichen, ein. General Bruce, der Führer der Expedition, berichtet, daß die Teilnehmer an dem letzten Vorstoß mit genauer Not mit dem Leben davongekommen sind. 7 Träger sind in einer Höhe von fast 8000 Metern durch eine Lawine verschüttet worden und gleichzeitig war die Spitzengruppe abgestürzt, konnte sich aber, da sie angekettet war, halten. General Bruce bezeichnet die Ausfahrt einer fünftigen Expedition als gut. Die Schwierigkeit der Besteigung liegt in der Kälte der Schonwinter-Periode und der Überwindung der ungeheuer harten und starken Westwinde, die auf diesen Höhen herrschen. Bei dem letzten Versuch sah der Mountaine gerade ein und die Expedition hatte einen 35-jährigen Schneesturm im Freien zu überdauern.

** Todesunfall vom Autobus. Auf der Straße von Rabat nach Casablanca (Marokko) stieß ein großer Automobilbus auf der Brücke über den Rio Melch beim Bremsen gegen die Brüstung, so daß die Insassen in den Fluss geschleudert wurden. Dabei wurden sieben Personen getötet und elf verletzt.

** Die Cholera in Bulgarien. Nach Meldungen aus Bulgarien wurden dort in den letzten Tagen 54 Fälle von asiatischer Cholera konstatiert, von denen sechs tödlich verlaufen sind. Es wird angenommen, daß die Krankheit von einem Soldaten eingeschleppt wurde, der von der bosnischen Front zurückgekehrt ist.

Gerichtsaal.

** Zum Tode verurteilt. Das Kreisgericht verurteilte nach dreitägiger Verhandlung den Bergarbeiter Max Otto Voigt aus Hilmersdorf wegen Mordes zum Tode und zu lebenslanger Haftstrafe. Voigt hatte auch in verschiedenen Orten des sächsischen Erzgebirges schwere Einbrüche verübt.

** Gedanktakel für den 29. Juli.
1304 * Der Bischöfliche Prälat in Kitzingen (+ 1374) —
1832 † Der Salzburger Karl Junius Weide in Augsburg († 1767) —
1847 * Der Maler Max Liebermann in Berlin —
1859 * Der Botaniker Otto Warneck in Hamburgo —
1866 Todestag der Österreichische über die Natur in Wien (1878—1903) —
* 1870 † Papst Leo XIII. in Rom (1878—1903).

Georg und Ernst.

3. Sitzung der Gewerkschaften. Im Monat Juni ist die Zahl der unterstüzteten Sozialverträgen in 35 deutschen Orten von über 10 000 Einwohnern auf 16 029 zurückgegangen gegen 19 100 zu Anfang des Monats.

Großmanns Gehirn als Studienobjekt. Der Frauenmörder Großmann, der sich am vierten Verhandlungstage eine Stunde vor Eröffnung der Sitzung in seiner Zelle erhängte, hatte noch am Tage vorher dem Rechtsanwalt Dr. Frey, der seine Verteidigung führte, seine im Gefängnis geschriebenen "Memoiren" übergeben, die einen Einblick in das eigenartige Triebe leben dieses Verbrechers gewähren. Außerdem schrieb er noch eine "Bekanntmachung für Stadt und Land" die einen Dank an den Verteidiger enthielt. Das große wissenschaftliche Interesse, das die Taten und der Täter selbst in den Kreisen der Psychiater fand, waren für den Verteidiger der Grund, eine Aufzeichnung des Schädels zu veranlassen, herausnahme des Gehirns und Feststellung etwaiger Veränderungen durch eine früher erlittene Krankheit. Sollten sich erhebliche Verstüppungen oder Gewebeveränderungen herausstellen, so wird das Gehirn Großmanns mit Hilfe des Mikrotoms für Projektionsvorführungen im Hörsaal der medizinischen Fakultät der Universität Berlin verwandt werden.

Streitwühlen in Nordamerika. Die Nachrichten über den amerikanischen Bergarbeiter- und Eisenbahnerstreit laufen überaus ernst. Es besteht die Gefahr, daß die vereinten Wirkungen des Kohlenstreiks und des Eisenbahnerstreiks das gesamte Wirtschaftsleben lähmen. Aus mehreren Orten werden Streitwühlen gemeldet. So brachten am Montag streikende Grubenarbeiter und Eisenbahner den Zug nach Burlington bei Covina im Staate Iowa zum Entgleisen. Der Postzug nach der Seestadt wurde ebenfalls in Savannah (Georgia) von bewaffneten Grubenarbeitern angegriffen. Die Openshop-Nicholson-Grube bei Steuben in Westvirginia bildete den Schauplatz blutiger Ausschreitungen. Die Streikenden töten dort den Sheriff und 12 Polizisten, während 12 Polizisten verwundet wurden. Darauf stellten sie die einen großen Wert darstellenden Grubenanlagen, auf denen sich der Sohn des Sheriffs und eine Anzahl Polizisten befanden, in Brand. Ebenjedoch gaben sie das benachbarte Dorf Elstonville an, weil sich dort Arbeitswillige aufhielten. Sie trieben ihr Unwesen so lange, bis es den vereinigten Polizeimannschaften aus Westvirginia und Pennsylvanien gelang, die Unruhen zu unterdrücken. Die Streikenden haben auch eine Anzahl Offiziere gefangen genommen, die aus dem nahegelegenen Fort Harrison in das Unruhegebiet entführt werden waren.

Kleine Nachrichten.

Die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Köln hat dem Kölner Oberbürgermeister Adenauer die Würde eines Doktors der Rechte ehrenhalber verliehen.

Sport und Verkehr.

X 600 000 Mark für das "Deutsche Derby". Der Vorstand des Hamburger Renn-Klubs nimmt zu dem fortschreitenden Minderwert der Mark praktisch Stellung, indem er die Preishöhe für das Deutsche Derby 1924 zu verdoppeln beschlossen hat. Von dem Betrage sollen dem Sieger 500 000 Mark zugesetzt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die für 1924 beabsichtigte Preisfestsetzung von 600 000 Mark auch bereits auf 1923 ausgedehnt wird.

Deutsche Sportersfolge im Auslande. Bei der internationalen Ruderregatta des Bierwaldstätter Sees wurde der deutsche Ruderverein Bützow im Biererboot "Höhe des Meeres" mit Steuermann über fünf Konkurrenten Dritter, der Wassersportverein Godesberg (Junioren) im Bierer ohne Ausleger mit Steuermann zweiter. Im Bierer mit Auslegern mit Steuermann (Senioren) wurde der Mainzer Ruderverein dritter. — Bei den zwischen Berlin und Christiania ausgesuchten Schwimmwettkämpfen siegte Berlin mit 24 Punkten gegen 15 Punkte.

Volkswirtschaft.

Berlin, 19. Juli. (Börs.) Die ungünstige Gestaltung der Reparationsfrage, insbesondere die Nachrichten über schärfste finanzielle Bedingungen für eventuelle Bezahlung des gewünschten Moratoriums hatte eine sorgsame Aufschwungsbewegung der Auslandsdevisen zur Folge. Das ungewöhnlich schräge Emporschneiden der Auslandsdevisen wirkte heute gleichfalls auf die Effektenmärkte, wenn auch in verhältnismäßig geringem Umfang, belebend und bestätigend ein. Nach der Markt der unnotierten Werte zeigte ein Zusammenhang mit der allgemein gesesserten Tendenz etwas festere Haltung.

Statt besonderer Anzeige!

Durch einen简sten Tod erlöste Gott heute nach 1/411 Uhr unsere gute, alte Mutter, Groß-, Schwiegermutter und Schwester, Frau

Auguste Ernestine vw. Reichel
geb. Kötter
von ihren schweren Leidern. Ihr letzter Trauer
Elisabeth verm. Knorr, geb. Reichel,
Martin Reichel nebst Frau,
geb. Schidell,
und Enkelinder.

Die Beerdigung findet Sonntag 1/4 Uhr vom Osterplatz Nr. 161 statt.

Von der Stadt der Wirtschaft. Die folgenden Werte basieren auf den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am			
	19. 7.	18. 7.	1914
100 holländische Gulden	19276	18627	167— M.
100 belgische Franken	3895	3795	80— "
100 dänische Kronen	10862	10287	112— "
100 schwedische Kronen	12809	12459	112— "
100 italienische Lire	2267	2197	80— "
1 englisches Pfund	2197	2135	20— "
1 Dollar	489	481	4.20 "
100 französische Franken	—	8995	80— "
100 schweizerische Franken	—	8198	80— "
100 tschechische Kronen	1116	1077	— "

3. Berlin, 19. Juli. (Warenmarkt.) Wirtschaftliche Notierungen der Mittwochsbörse für je 50 Kilo ab Station: Weizen Märkischer 1110—1125. Roggen Märkischer 830 bis 840. Sommergerste 970—990. Hafer Märkischer 930 bis 960. Mais La Blata prompt 825—830. Weizenmehl (100 Kilo) 2850—3100. Roggenmehl (100 Kilo) 2035 bis 2225. Weizen- und Roggenkleis 675—700. Raps 1800 bis 1850. Rapsfett 1800—1900. Rapsflocken 1750 bis 1825. Kleine Speisebutter 940—960. Butterklein und Butterbohnen 940—960. Butter 875—900. Lupinen blaue 650 bis 675. Lupinen gelbe 975—1025. Lupinsuchen 720 bis 750. Leinfrüchte 1100—1125. Trockenknoblauch 620—630. Weizenstärke 680—740. Tortenmasse 450 bis 460. — Heu und Stroh. Großhandelspreise für 50 Kilo ab Station: Drahtgepreßtes Roggen-, Weizen- und Haferstroh 195—215. Bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh 180—200. Roggenlangstroh 180—210, gebündeltes Krummstroh 140—165. Häufel 240—270, handelsübliches Heu 340—385, gutes Heu 395—440 Mark.

3. Berlin, 19. Juli. (Schlachtmarkt.) Antret: 1515 Männer, 1485 Männer, 2988 Schafe, 5642 Schweine, 78 Riegen, 137 Schweine aus dem Fleischgebiet. Preise für 1 Rentier Lebensgewicht: Schafe 2600—3200. Rullen 2800—3500. Rinde 1800—3500. Kühe 2800 bis 4600. Schafe 1500—4000 und Schweine 5500—6900 M. Markterlaubt: Bei Kindern, Külbären, Schafen glatt; bei Schweinen gleimlich glatt.

Welt-Nachrichten

Zur Untersuchung im Rathenau-Mord.

Leipzig, 19. Juli. Vom Oberreichsanwalt in Leipzig ist ein besonderer Untersuchungskräfte für die Sache Rathenau ernannt worden. Er hat bereits gegen die ihm bisher vorgeführten 23 Personen die Voruntersuchung eröffnet.

Die Leuerung in Wien.

Wien, 19. Juli. Infolge der vermehrten Geldentwertung tritt heute Mittwoch den 19. Juli eine Brotpreiserhöhung auf 2170 Kronen ein. Eine weitere Erhöhung des Brotpreises steht bevor. Die übrigen Lebensmittel, wie Fett, Zucker und Mehl, verteueren sich in der gleichen Weise.

Landtagsauflösung in Bayern?

München, 19. Juli. Der Ministerrat ist am Mittwoch vormittag einer langdauernden Beratung zusammengetreten, der auch der bayerische Gesandte in Berlin bewohnte. Eine amtliche Mitteilung des Ergebnisses durfte kaum zu erwarten sein, bevor die Parteilage und namentlich der Parteidtag der Bayerischen Volkspartei, der am Freitag stattfindet, gesprochen haben. Jedoch ist anzunehmen, daß die Regierung auf ihrem bisherigen Standpunkt verhaftet und davon die Koalition verständigt wird. Die Regierung hat ein Gutachten des Justizministeriums eingeholt.

Für die Stimmung in Bayern ist bemerkenswert, daß auch die "Bayerische Volkszeitung" in Nürnberg, die bisher dem Reichs-

zentrum nahestand, entschieden gegen die Gesetzgebung zum Schluß der Republik Front macht und erklärt, eine Anerkennung wäre der Tod der Bayerischen Volkspartei. Auch der Bauernbund hat nun mehr einen Parteidtag eingesetzt. Die Bemühungen, sich auf einer mittleren Linie mit der Reichsregierung zu einigen, dauern immer noch an, sind aber nach Annahme der Gesetze im Reichstag immer aussichtsloser geworden. Die Entscheidung des Volkes durch Auflösung des Landtages und durch Neuwahlen dürfte unvermeidbar sein.

Ablehnung eines kommunistischen Antrages.

Neustadt a. d. Haardt. Die Mehrheit des Stadtrates hat den Antrag der Kommunisten, die dem Reichstagsabgeordneten Dr. Helfferich verliehenen Ehrenbürgerrrechte zurückzugeben und die von diesem der Stadt geschenkte Büste zurückzugeben, in der Weise abgelehnt, daß sie sich weigerte, den Antrag überhaupt zur Diskussion zu stellen.

21 stillgelegte Schiffe im Hamburger Hafen.

Hamburg, 20. Juli. Die Zahl der durch den Maschinistenstreit in Hamburg festliegenden Schiffe beläuft sich auf 211. Das bedeutet einen Niedergang für die Ausfuhrfänger. Die Schiffe haben zum größten Teil ihre Ladungen erhalten und liegen zur raschesten Abfahrt bereit, sowie der Abruch des Streits eintritt.

Entfernung fürstlicher Hoheitszeichen.

Weimar. Das thüringische Ministerium veröffentlicht folgenden Erlass: Wir ordnen hiermit an, daß an den öffentlichen Gebäuden des Landes bis zum 1. 12. 22 die Abzeichen des monarchistischen Systems sowohl ausnahmslos zu entfernen sind, als bei diesen Bezeichnungen die Zusätze großherzoglich, herzoglich undfürstlich angewendet sind. Der Erlass wendet sich weiter an die Behörden mit der Aufforderung zur Entfernung aller noch vorhandenen Bilder und Büsten usw. aus der Zeit des früheren Regimes.

Sprechsaal.

Der nächtliche Feueralarm hat dem und jenem nicht gepaßt und bringt vereinzelt die Alarmeinrichtung für eine kleinere Anzahl Feuerwehrleute beinahe als eine Selbstverständlichkeit wieder einmal auf die Tagesordnung.

Was für eine größere oder Kleinstadt notwendig ist, braucht für eine Kleinstadt noch lange nicht richtig zu sein. Und Dippoldiswalde ist eine Kleinstadt und wird noch lange bleiben. (Daran ändert auch der Umstand nichts, daß es über zwei Tageszeitungen disponiert.) Die maßgebenden Stellen haben diese Frage schon früher vertilft, nicht nur einmal. Wenn sie auf Ablehnung zukommen, so mit Recht. Der Kostenpunkt würde ein recht wesentlicher. Nicht nur die Anlagekosten kämen in Frage, sondern ständige Änderungen durch die veränderte Zusammensetzung der betreffenden Mannschaften wären unausbleiblich. Ein Nachtalarm ist aber hier eine so große Seltenheit, daß er so wesentliche Ausgaben nicht rechtfertigt. — So ist! —?

Tuberkulose-Beratungsstunden

für jedermann im Bezirk finden statt:
jeden 1. und 3. Dienstag in Dippoldiswalde (Diakonat) um 11 Uhr vormittags;
jeden 1. und 3. Dienstag in Altenberg, Geising und Lauenstein um 10 Uhr vormittags;
jeden Mittwoch in Possendorf um 2 Uhr nachmittags;
jeden 3. Freitag in Kreischa um 3 Uhr nachmittags;
jeden 2. und 4. Mittwoch in Glashütte (Rathaus Zimmer 10) um 4 Uhr nachmittags;
jeden 1. und 3. Donnerstag in Frauenstein um 10 Uhr vormittags;
jeden 2. und 4. Freitag in Preischendorf um 4 Uhr nachmittags.

Gasthof Wendischcarsdorf

Zu unserem Sonnabend den 22. Juli stattfindenden

Einzugsschmaus

(von 7 Uhr an Konzert, anschließend Ball)
laden wir hierdurch ganz ergebenst ein.

Paul Müller und Frau.

Achtung! Stern-Lichtspiele Dippoldiswalde Achtung!

Nur Freitag den 21. Juli! 2 geschlossene Sondervorführungen des medizinischen Großfilms der „Usa“ Die Geschlechts-Krankheiten und ihre Folgen. Dieser medizinische Belehrungsfilm wird von den Herren Herren Sanitätsrat Dr. med. Voigt und Bezirkssanitätsrat Medizinalrat Dr. Endler erläutert.

Vorführungen: Punkt 7 Uhr für Herren. Verschiedene Erklärungen Sanitätsrat Dr. med. Voigt. Punkt 9 Uhr für Damen. Verschiedene Erklärungen Bezirkssanitätsrat Medizinalrat Dr. Endler. Räumlichkeiten 1 St vor Beginn.

Tüchtige Schlosser

möglichst aus der landwirtschaftlichen Maschinenbranche sucht

Maschinenfabrik Dippoldiswalde.

Erich Böhme.

Kaufmänner Marmor-Weißtüpfel

zum Bauen, Weißen und Dämpfen frisch eingetroffen.

H. Krumpolt, Buschmühle Schmiedeberg.

Drucksachen aller Art



Carl Jähne, Dippoldiswalde

Statt besonderer Anzeige!
Durch einen简sten Tod erlöste Gott heute nach 1/411 Uhr unsere gute, alte Mutter, Groß-, Schwiegermutter und Schwester, Frau

Auguste Ernestine vw. Reichel
geb. Kötter
von ihren schweren Leidern. Ihr letzter Trauer
Elisabeth verm. Knorr, geb. Reichel,
Martin Reichel nebst Frau,
geb. Schidell,
und Enkelinder.

Die Beerdigung findet Sonntag 1/4 Uhr vom Osterplatz Nr. 161 statt.

Hausmädchen
bei Taxislohn gekürt
Goldner Stern, Dippoldiswalde.

Unmoderne Hütte
werden wieder auf neu vorgerichtet in der

Färberei Kunst.

Schlachtpferde
zu höchsten Tagespreisen
Fleischküche Paul Staub.
Tel. 07.

Neue Kartoffeln,
Sauerkraut, saure Gurken, Blattsalat
empfiehlt Max Wolf.

Beilage zur Weißen-Zeitung

Nr. 168

Freitag den 21. Juli 1922

88. Jahrgang

Aus Stadt und Land.

*** Eröffnung der Rheinischen Sportwoche.** In Köln wurde die große Rheinische Sportwoche mit einem Kampftorso sämtlicher Kölner Vereine des Bundes Deutscher Radfahrer eröffnet. Am Dienstag stand der Start zum Großen Preis von Deutschland für Straßenfahrer statt. Bis zum nächsten Dienstag sind an sämtlichen Tagen Veranstaltungen der Rheinischen Sportwoche vorgesehen.

*** Großfeuer bei Drenstein und Koppel.** Ein riesiges Feuer, das einen Millionen schaden verursacht hat, vernichtete die Waggon-Bauanstalt der Firma Drenstein u. Koppel an der Hamburger Straße in Spanbau. Die übrigen Gebäude des Fabrik geländes konnten gerettet werden. Das Gebäude der Waggon-Bauanstalt ist vollständig ausgebrannt. Der entstandene Schaden geht in die Millionen. Es trift sich günstig, daß in diesem Betriebe nicht mit Nacht schicht gearbeitet wurde. Aus diesem Grunde sind Menschenleben nicht zu Schaden gekommen. Der Betrieb der Fabrik erleidet durch den Brandheimerlei Störung, da bereits Vorsorge getroffen ist, die Arbeiten, die bisher in der durch das Feuer zerstörten Halle vorgenommen wurden, in den andern unver schieden gebliebenen Abteilungen der Fabrik ausführen zu lassen. Die Ursache des Brandes ist noch nicht aufgeklärt.

*** Erhöhte Renten und Beiträge der Invaliden versicherung.** Der Reichsrat hat einen Gesetzentwurf angenommen, nach dem die Bezüge der Alters- und Invalidenrentner und der Witwen um 200 Mark, der Waissen um 100 Mark pro Monat erhöht werden sollen. Mit Rücksicht auf die erhöhten Leistungen sollen fünf neue Lohnklassen gebildet werden.

*** Neben die Ursache der Guynavener Minenexplosion** wird jetzt nach der Rückkehr der von der Marineleitung entsandten Untersuchungskommission eine Mitteilung verbreitet, in der es heißt: Ohne dem Ergebnis gerichtlicher Feststellungen oder den von der chemisch-technischen Reichsanstalt auszuführenden Laboratoriumversuchen vorzugreifen, wird als Ursache der Katastrophe angenommen, daß beim vorgeschriebenen Prüfen von Minen auf ihre Dichtigkeit mittels Luftdruck eine innere Entzündung entstanden ist, deren Ursache schwer erklärlich ist.

*** Waffenabgabe in Oberschlesien.** Eine Verordnung des Regierungspräsidenten von Oppeln fordert die Bevölkerung auf, alle Militärwaffen und

Militärmunition freiwillig bis zum 15. August abzuliefern. Nach dem 15. August wird mit Zwangsmassnahmen vorgegangen. Die Jagdscheinhaber können ihre Jagdwaffen behalten. Soweit ein Bedürfnis für das Tragen anderer Waffen vorhanden ist, sind die Ortspolizeibehörden befugt, neue Waffenscheine auszustellen.

*** Opfer seines Berufs.** Um Mühlenteich in Brambauer wurde der Oberlandjäger Jaszkowski erschossen. Als Täter kommen zwei berüchtigte Brüder Bräß in Betracht, die in dem naheliegenden Wäldchen ein Bett aufgeschlagen hatten und von Landjägern für die Mörder Rathenaus gehalten wurden. Das benachrichtigte Polizeiamt in Brambauer ent sandte sofort den Oberlandjäger Jaszkowski, um die erforderlichen Feststellungen zu machen. Als dieser bei dem Bett anlangte, wurde er erschossen. Die Täter sind flüchtig.

*** Deutsche Ferienkinder in Dänemark.** In Kopenhagen traf dieser Tage wieder auf Einladung der dänischen Regierung eine größere Anzahl deutscher Ferienkinder zum Sommeraufenthalt ein. Sie wurden bewirtet und nach Helsingør weiterbefördert. Von hier aus wurden sie auf Wagen in das für den Erholungsaufenthalt zur Verfügung gestellte Horseradlager überführt. Im ganzen sind es etwa 2200 Kinder aus allen Teilen Deutschlands, die zurzeit in Dänemark zur Erholung weilen. Die deutschen Kinder sind in Dänemark gut aufgehoben, genießen gute Behandlung und natürlich die beste Verpflegung.

*** Notverkehr mit Helgoland.** Damit Helgoland nicht vollständig von der Außenwelt abgeschnitten bleibt, ist für die Dauer des Seemaschinistenstreiks ein Notverkehr mit dem Dampfer „Helga“ eingerichtet worden. Der Dampfer verkehrt täglich.

*** Rekord eines deutschen Dampfers.** Der Hamburger Dampfer „Sophie Riedmeyer“ hat die Fahrt von Hamburg nach Kobe in Japan trotz heftiger Stürme in 41 Tagen zurückgelegt. Es bedeutet dies eine neue Glanzleistung deutscher Schifffahrt, da eine Fahrt von der Nordsee nach Japan auch bei bestem Wetter bisher gewöhnlich nur in 55 bis 60 Tagen zurückgelegt wurde.

*** Die Früchte der Sowjetwirtschaft.** Das Hilfs komitee Russens veröffentlicht einen Bericht über die trostlose Lage in der Ukraine. Tausende von Flüchtlingen strömen aus den Hungargebieten nach Kiew, wo sie weder beherbergt werden können, noch Nahrungsmittel finden, so daß die Unglücklichen auf der Straße sterben. An Charlow ist die Lage

noch trostloser. Obdrosse Kinder irren umher, ohne daß sich jemand um sie kümmert, bis sie zusammenbrechen und sterben. In Odessa ist die Zahl der Toten so groß, daß eine Anzahl Männer tagelang mit dem Wegräumen der Leichen beschäftigt ist. Der Kannibalismus hat einen verartigen Umfang angenommen, daß die Behörden nicht mehr einschätzen können. In vielen Dörfern haben die Bauern ihre Strohdächer verzehrt. Das Gebiet zwischen Odessa und Poltawa, das früher eine der fruchtbarsten Gegendigen Russlands war, ist vollkommen verödet.

*** Der 2. Internationale Weltausstellungskongress für die Welt sprache Ido (wissenschaftlich präzisiert Esperanto) findet in diesem Jahre vom 5. bis 9. August in Dessau statt.**

*** Absturz des Orientexpresszuges.** Wegen der Explosion Bukarest-Wien Sonntag über die Prähovabrücke bei Sinata fuhr, brach diese zusammen. Zwei Personen wurden getötet und 24 verletzt. Der Sachschaden ist bedeutend und der Verkehr vorläufig unterbrochen.

*** Die gefährliche Everest-Expedition.** Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus Simla wurden während des dritten und letzten erfolglosen Versuches, den höchsten Erdgipfel, den Mount Everest im Himalaya, zu ersteigen, sieben Träger durch eine Lawine getötet, während eins der europäischen Mitglieder der Expedition nur mit Mühe dem gleichen Schicksal entgehen konnte. Dieser leichte Versuch wurde unter der Leitung des Generals Bruce in Begleitung einer Anzahl bekannter Alpinisten vorgenommen, die mit Sauerstoffmasken für den letzten Teil des Aufstieges versehen waren, aber trotzdem das Ziel nicht erreichen konnten.

*** Die Leichen der französischen Gefallenen und der in der Gefangenschaft gestorbenen Kriegs- und Zivilgefangenen,** die in Deutschland bestattet worden sind, sollen jetzt sämtlich auf Wunsch der französischen Regierung ausgegraben und nach Frankreich geschafft werden.

*** Todestunz französischer Alliierter.** Bei Baben stürzte ein Flugzeug der französisch-rumänischen Luft schiffsgesellschaft, das kurz vorher in Straßburg mit vier Fluggästen, sämtlich Engländern, aufgestiegen war, ab. Sämtliche Fluggäste sowie der Flugzeugführer wurden getötet.

*** Familien drama.** In Königsberg erschoss infolge zerrütteter Familienverhältnisse der 27 Jahre alte Bäcker Gust, der zuletzt als Asphaltarbeiter tätig war, seine 19jährige als Dame beschäftigte Frau und ihr dreijähriges Söhnchen.

Brand des Wahrenfelder Artilleriedepots. Im Wagenhaus des ehemaligen Artilleriedepots Altona-Wahrenfeld brach ein Brand aus, der die eine Hälfte des Wagenhauses zerstörte. Nach Aussage eines Wächters war der Beginn des Brandes mit einem Explosionsknall verbunden.

Durch die Ermordung eines Überlandjägers bei Brambauer ist die Aufmerksamkeit der Düsseldorfer auf das Bestehen einer gefährlichen Räuberbande gelenkt worden, die schon seit zwei Jahren in dem Industriegebiet zwischen Dortmund und Münster ihr Unwesen trieb und trotz mehrfacher polizeilicher Streifen noch nicht gefasst werden konnte. Es handelt sich um eine Räuberbande unter Führung zweier Bergarbeiter, der Brüder der Frau, denen nicht nur eine Reihe schwerer Einbruchsliebstöhl, sondern auch mehrere Morde, an einem Postbeamten, zwei Polizeibeamten und einem Bergmann, zugeschrieben werden. Eine Verfolgung der Mörder durch ein großes Aufgebot von Schupobeamten blieb erfolglos.

Mysteriöser Überfall. In Stettin wurde der Chefredakteur der „Pommerschen Tagespost“, Heerdegen, nach Beendigung seiner redaktionellen Tätigkeit gegen Mitternacht vor seiner in der Preußenstraße gelegenen Wohnung von einem ihm entgegenkommenden fremden Mann derart vor die Brust gestoßen, daß er die Treppe hinunterstürzte und mit einem Rippenbruch und Fußknöchelbruch verletzt liegen blieb. Der Unbekannte entkam. Es fehlt noch jede Aufklärung des rätselhaften Überfalls.

Das Geheimnis von Dubschinaka.

Kriminalroman von Erich Ebenstein.

(7. Fortsetzung.)

Um nächsten Tage, als er mürrisch und gelangweilt durch die Straßen schlenderte, führte ihn ein Aufall mit Harriet Morgan zusammen, die wenige Stunden zuvor angekommen war.

Sie erkannte ihn sofort und freute sich sichtlich über das Wiedersehen.

„Wissen Sie etwas von meiner Schwester?“ fragte die Amerikanerin gleich nach der Begrüßung. „Waren Sie schon bei ihr?“

„Ja. Gestern. Aber ich wurde nicht angenommen.“

„O — wirklich? Grace empfing Ihren verehrten „Hofmaler“ nicht? Wie sonderbar!“

„Auch ich wunderte mich darüber. Nach der Art, wie wir seinerzeit in Wien schieden, durfte ich hoffen.“

„Natürlich! Ich weiß auch bestimmt, daß Grace für wenige Menschen so viel Hochachtung und Sympathien empfindet, wie für Sie! Sie erwähnte Ihrer oft in ihren Briefen und bedauerte, daß die Verhältnisse sie seit ihrer Verheiratung nicht mehr mit Ihnen zusammengeführt hatten. Und nun, wo es möglich gewesen wäre, empfängt sie Sie nicht?“ Harriet seufzte. „Meine Schwester muß sich sehr verändert haben seit ihrer Heirat.“

„Das scheint allerdings so.“

„Ja, denken Sie nur, Herr Lindemann, ich zeigte ihr meine Ankunft in Alexandria an, und erhielt gar keine Antwort. Und das erste, was ich hier erfahre, ist, daß sie gestern abend abreiste! Man weiß nicht einmal, wohin — —!“

„Sie wissen es also auch nicht? Hat sie denn nicht einmal für Sie eine Botschaft zurückgelassen?“

„Rein. Ich kann nur annehmen, daß meine Depesche sie gar nicht mehr erreicht hat. Und doch machte ich die Reise von New York herüber nur ihretwegen!“

„Wußte die Gräfin das?“

„Ich vermisse es. Unsere Korrespondenz war ja nie besonders lebhaft — einmal, weil wir beide nicht gern Briefe schreiben, und dann, weil durch Ihre Heirat überhaupt eine kleine Entfernung zwischen uns eintrat — aber vierteljährlich einmal schrieben wir uns doch. Als nun vor kurzem mein Vetter Allan — ich lebe nämlich seit Mamas Tode bei Allan Martinsons Mutter — meinte es sei nötig, daß jemand von uns persönlich mit Grace über verschiedene geschäftliche Dinge spreche, erbot ich mich zu dieser Mission, und schrieb dies kurz vor der Abreise an meine Schwester. Ich schrieb natürlich nach Medowwan, denn ich wußte gar nicht, daß sie in Aegypten sei.“

„Antwortete sie Ihnen?“

„Rein. Mein Schwager antwortete auch erst nach längerer Zeit, denn der Brief mußte ihm nachgeschickt werden. Er teilte mir kurz mit, daß Grace in Kairo sei. Darauf änderte ich natürlich meine Reiseroute. Nun habe ich heute sofort an ihn befreit und angefragt, wo Grace sich momentan aufhält.“

„Nun?“

„Ich habe noch keine Nachricht. Sie kann auch kaum vor dem Abend hier sein.“

„Werden Sie Ihrer Schwester dann nachreisen?“

„Selbstverständlich. Ich muß doch, da ich es übernommen habe, das Geschäftliche zu ordnen.“

„Warum hat Ihr Verwandter Sie da nicht begleitet? Damen sind ja sonst im allgemeinen nicht so sehr geeignet, Geschäfte zu führen“, lächelte Lindemann.

„O, bitte, wir Amerikanerinnen sind darin doch nicht so unbewandert wie Ihre Damen hier! Nebstens handelt es sich nur darum, Grace auszureden, daß sie ihr Geld aus dem Kohlenbergwerk nimmt, wo es sehr vorteilhaft angelegt ist. Das will sie nämlich. Und daß Allan nicht persönlich kam — Briefe sind darüber schon genug gewechselt worden —, hat keinen bestimmten Grund. Es war nämlich früher Mrs. Mamas und Tante Martinsons Lieblingsplan, Grace mit Allan zu verheiraten. Er liebte sie sehr, und sie hätten sicher vorzüglich zusammen gepaßt, wenn — — Koschwiński eben nicht dazwischen gekommen wäre! Über Sie begreifen, daß es Allan nun etwas peinlich wäre — —“

„Natürlich. Ich verstehe. Wenn er sie geliebt hat — —“

„Und sie ihm bis heute noch nicht gleichgültig ge-

worden ist, wie ich bestimmt glaube! Darum erbot ich mich ja zu der Reise.“

Lindemann sah nachdenklich vor sich hin. Harriet glaubte also, daß die Gräfin ihre Depesche gar nicht erhalten habe. Sollte er sie vom Gegenteil überzeugen? Rein, lieber nicht. Es hätte die Entfernung zwischen den Schwestern nur steigern müssen. Immerhin sagte er, vorsichtig sondierend:

„Wäre es nicht möglich, daß die Gräfin absichtlich abreiste, um geschäftlichen Auseinandersetzungen auszuweichen?“

„Das ist völlig ausgeschlossen. Sie kennen Grace nicht, wenn Sie das annehmen. Sie wäre viel zu stolz dazu, etwas, das sie will, nicht auch ehrlich zu vertreten. Auch weiß sie, daß niemand sie zwingen kann oder will. Es handelt sich nur um freundschaftliche Vorstellungen und die Klärung ihres eigenen Vorwurfs.“

„Würden Sie so freundlich sein, Miss Morgan, mir den Aufenthaltsort Ihrer Schwester mitzuteilen, wenn Sie ihn wissen?“

„Mit Vergnügen. Wollen Sie dann auch hin?“

„Vielleicht.“

Sie blieb einen Augenblick forschend in seine ernsten Augen. Da lächelte er plötzlich.

„Es ist gar kein Geheimnis dabei, Miss Morgan. Ihre Schwester hat ein Wesen bei sich, das ich nicht gern aus den Augen verlieren möchte.“

„Ach so. Nun, Sie können sich darauf verlassen, daß ich Ihnen Nachricht sende!“

Am Abend des nächsten Tages erhielt Peter Lindemann ein Billett von Miss Morgan. Sie teilte ihm mit, daß ihre Schwester in Neapel sei und sie selbst im Begriff stehe, dahin abzureisen.

Bereits am Morgen lag auch sein Gepäck wohlverstaubt im Eisenbahnzug, während er fröhlich der blauen See entgegenblickte, die ihn an Italiens Küste tragen sollte.

Neapel kannte er von seiner Studienzeit her wie seine Tasche. Die Gräfin sollte im Hotel d’Italia logieren. Lindemann nahm sich ganz in der Nähe in einem Privathaus zwei Zimmer, von deren Fenstern aus man den Platz vor dem Hotel überblicken konnte.

Eine Weile strich er beobachtend um das Hotel herum, suchte mit den Augen alle Fenster ab, konnte aber von Helene keine Spur entdecken, und wandte sich endlich dem Hafen zu. Vielleicht gab es wieder einen glücklichen Aufall, der sie ihm in den Weg führte.

Über dem Hafen lag wie immer eine düstere Rauchwolke. Das Meer war tiefblau und ruhig.

Lindemann hatte sich eine Zigarette angezündet, lehnte an einem Laternenpfahl und blickte zerstreut in die Ferne.

Plötzlich erregte eine Ansammlung von Menschen außerhalb des Hafens zwischen Lagerhäusern seine Aufmerksamkeit. Alles strömte dorthin. Man hörte lautes Geschrei und Rufe nach der Polizei, deren Beamte auch bald erschienen.

(Fortsetzung folgt.)

horungen" und bestätigte, daß er dieselben „gnediglich geliehen vnd vorerbt hatt". — Tham von Nebelschütz ist keine sagenhafte Person, denn einer dieses Namens wird schon am 3. März 1373 erwähnt. — Nickel Nebelschütz, vermutlich ein Sohn desselben, erfährt als Ratmann von Pirna am 15. Februar 1415 und einer gleichen Namens am 5. Juli 1473 zu Gersdorf in der Pflege Dohna urkundlich Nennung. Der Adel der Nebelschütze wurde 1449 anerkannt. — Am 24. Februar 1425 belehnt Landgraf Friedrich die Stadt Dresden mit dem halben Dorf Quohren, welches die Brüder Vincenz und Hans Puzmann auf Wiederkauf veräußert haben, und am 27. September eignet derselbe der Stadt auch die zweite Hälfte dieses Dorfes. — Der mehrfach genannte ehrbare Meister Franz von Dippoldiswalde stiftete 1425 abermals und zu Ehren des Schutzheiligen seiner Vaterstadt Dippoldiswalde, des heiligen Laurentius oder Lorenz, hinter der Kapelle des heiligen Kreuzes zu Dresden ein Haus zum Donatus- und Laurentiusaltar, wozu Landgraf Friedrich am 26. September seine Eignung aussprach. Franz von Dippoldiswalde hat sicher auch Stiftungen der Stadtkirche zu Dippoldiswalde gewidmet, nur sind Nachrichten infolge der Archivverluste nicht auf uns gekommen. — Als der Abt von Altzelle bei Nossen 1426 Erlaubnis gab, die Geschichte der heiligen Katharina vorzutragen und zu singen, erhöhte sich die Wallfahrerzahl, welche aus den Ortschaften nördlich und östlich von Dippoldiswalde durch die Heide, aus der Gegend von Dippoldiswalde aber durchs Höckendorfer Kirchholz, über die Wiede Weißeritz, durch den Thrandter Wald und Siebenlehn nach der heiligen Stätte pilgerten. — 1428 soll Dippoldiswalde wieder an den Landgrafen Friedrich, Markgraf von Meißen, aus dem Lehnsbesitz Thams von Nebelschütz gekommen sein, wobei den Bürgern auch der Besitz der Vorwerke Wolframsdorf und Niederulberndorf als freies Erbgut bestätigt worden sei. Nach dem Einnahmeregister über ein Steuerausschreiben Bischof Johans von Meißen zahlte der Altarist Nicolaus Schumann vom Altar des heiligen Leichnams zu Dippoldiswalde 1428 24 Groschen Beitrag. — Die hussitischen Unruhen näherten sich den sächsischen Landesgrenzen. Es trafen Nachrichten ein, daß die „Ketzer" sich am 18. bis 20. Dezember 1429 zum Teil bei Brüx und Kaaden, zum anderen Teil bei Hasenburg und Graupen befänden. Und nun kamen sie über Frauenstein, überschwemmten die ganze Gegend, zerstörten das Dorf Haselborn, zwischen Kleinhartmannsdorf und Reichstädt, machten Helbigsdorf, zwischen Reichenau und Kleinhartmannsdorf, zur Wüstung, vernichteten Vorwerk Wolframsdorf oder Muldendorf (Niederulberndorf) und brannten unter Procop's Führung an den Weihnachtsfeiertagen 1429 nach Plünderung und Mord Dippoldiswalde samt der Stadtkirche nieder. Durch welches Wunder die Nicolaikirche der Zerstörung entging, ist unbekannt. Die Basilika der Stadtkirche lag so in Trümmern, daß eine Errichtung in alter Bauart unmöglich war.

1430 drohte bereits wieder eine Hussitengefahr. Burggraf Heinrich von Meißen forderte etwa am 10. Juni auf, eineinhalbhundert bis zweihundert mit Handbüchsen und Armbrüsten gerüstete Leute zu Fuß und zu Ross nach Reinhardtsgrimma bei Dippoldiswalde zu senden, da ihm

gewesen wäre, empfängt sie Sie nicht?" Harry seufzte. "Meine Schwester muß sich sehr verändert haben seit ihrer Heirat."

"Natürlich. Ich verstehe. Und sie ihm bis heute noch ni

Kunde gekommen ist, daß Jakubko, einer der Hussitenführer, einen Raubzug nach dieser Gegend unternehmen wolle. Die Gefahr verzog sich für die Gegend von Dippoldiswalde noch einmal, denn der Burggraf teilte am 13. Juli mit, daß es zu größeren Ansammlungen der Hussiten nicht gekommen sei. Andauernde Kriegsbereitschaft war aber für Dippoldiswalde stets nötig und Boten berichteten fortwährend über drohende Gefahren. Es ist jedoch zu verneinen, was Schmelz mitteilt, daß Dippoldiswalde 1430 abermals Plünderung und Zerstörung erlitten habe. — Um 1430, nach der Vernichtung der Dörfer in der Umgebung von Dippoldiswalde, fällt die Ansiedlung von Bauern von Reinhards hain auf dem linken Ufer des Dorfbaches auf Dippoldiswaldaer Flur, weswegen dieselben nach der Stadtkirche eingepfarrt sind, dem Geistlichen und der Kirche Erbzinsen, dem ersten Tischgroschen zu zahlen hatten. Bei Aufrichtung der Stadtmauern nach der hussitischen Zerstörung mußten die Reinhards hainer Bauern mithelfen, Baudienste leisten und blieben in der Folge zur Handarbeit und Zusförderung bei Stadtmauerbauten verpflichtet, wofür sie in Kriegszeiten in der Stadt Zuflucht suchen durften. Der Stadtrat übte, wie 1654 behauptet wird, und bis ins 19. Jahrhundert in Uebung blieb, die Lehnstreichung über jene Güter aus.

— Die Hussiten verschonten 1432 die hiesige Gegend, aber man mußte abermals wochenlang Boten und Kundschafter ausschicken und bezahlen, um zu jeder Zeit gerüstet zu sein. — Landgraf Friedrich von Thüringen und Markgraf zu Meißen gibt am 11. Januar 1432 seine Gunst zum Kaufe von Zinsen, welche sein Kapellan Nicolaus Schuemann, bereits 1420 erwähnt, von Heinrich von Richstadt (Reichstädt) und Friedrich Seilstrang wieder käufl ich an sich gebracht hat, damit die Hauptsumme ewiglich bei dem Altar des heiligen Leichnams in der Pfarrkirche zu Dippoldiswalde verbleiben soll. Der Stifter fügt also seinem Altar nach der Stiftung von 1420 eine neue hinzu. Nicolaus Schuemann wird in der Urkunde als „sein“, des Landgrafen, Kapellan, nämlich in seiner Stadt Dippoldiswalde, bezeichnet. — Bei Schließung eines Waffenstillstandes bis Martini über 2 Jahre zwischen dem Markgrafen von Meißen mit Jakubko, dem Hussitenführer wird am 7. September 1432 Heinrich von Teler zu Höckendorf als Zeuge genannt. — Im Verwaltungsjahre 1432/33 läßt sich der Richter von Karlisdorf (Obercarsdorf bei Dippoldiswalde) als Freiberger Bürger aufnehmen. — Die Stadtgerechtigkeit Dippoldiswaldes wird am 2. Februar 1433 erneut anerkannt in der Bestätigung der Frauensteiner Stadtgerechtigkeit durch Heinrich, Burggraf zu Meißen und Herr zu Plauen. — 1433, den 13. Juni, kommt Dippoldiswalde durch Wiederkauf mit Dresden, Großenhain, Pirna, Königstein, Dohna, Radeberg, Wilsdruff, samt Schlössern, Flecken, Dörfern, ein Drittel an der Riesenburg, dem Lehn von Saalhain, für 15 000 rheinische Gulden vom Landgraf Friedrich an seine Vettern Kurfürst Friedrich II. und Herzog Sig mund von Sachsen.

Bereits zu Beginn des 2. Drittels vom 15. Jahrhundert versorgte Dippoldiswalde und Umgebung Dresden mit Fleisch. Auch Käse wurde von hier geliefert. Nachdem 1434 die Dresdner Wochenmärkte genehmigt worden waren, geschahen mehrfache Verlegungen des Fleisch-

Ich verstehe. Wenn er sie geliebt
m bis heute noch nicht gleichgültig ge-

amte auch alsbald erschienen.

(Fortsetzung folgt.)

marktes. Von einer solchen auf den Montag wurde am 12. Dezember auch Dippoldiswalde in Kenntnis gesetzt: „Eime Boten keyn Fryberg vnd Dypoldiswalde umbe den fleischmarkt, also man den weder uf den montag legete.“ Auch weiße Bäckerwaren, besonders Semmeln, brachte man von Dippoldiswalde in die Hauptstadt des Landes, wie aus späteren Nachrichten hervorgeht.

Kurfürst Friedrich II. und seine Brüder Wilhelm und Sigismund nahmen am 4. Januar 1436 eine vollständige Teilung der Nutzung und Regierung auf 9 Jahre vor. Dabei kam Dippoldiswalde an den Kurfürsten. — Das Schmiedewerk über Dippoldiswalde (Schmiedeberg) wird 1437 dem Janicke Heide geliehen.

Die Stadt Dippoldiswalde hatte bereits unter dem Land- und Markgrafen Friedrich und dem Kurfürsten Friedrich II. die Obergerichte, wenn auch nur auf Zeit erworben. Sie wurden von 3 zu 3 Jahren aufs neue verliehen. Kurfürst Friedrich überlässt 1438 abermals dem Rate und der Gemeinde die Gerichte über Hals und Hand (Obergerichte) gegen Zahlung von 8 Schock neuer Groschen auf 3 Jahre „inmaßen sie das fürmalsz von dem hochgeborenen Fürsten Herrn Friedlichen landgrafen in Doringen unsern lieben vettern und uns bisher zu Dippoldiswalde gehabt.“

Johannes von Boehr, Pfarrer zu Dippoldiswalde, bereits 1418 als Pfarrer zu Tuttendorf bei Freiberg erwähnt, zweifellos einer der Ahnen der Gemahlin Luthers, zugleich Inhaber des Altars der heiligen Barbara der Peterskirche zu Freiberg, begegnet uns. Ein Streit über eine dem Pfarrer dieser Kirche von dem Altar der Heiligen Barbara zu entrichtende Vergütung wurde am 29. Januar 1439 durch Archidiakonus von Nisan Magister Lamperdus de Sehusen und den Ossizial der Propstei Meißen Johannes Swiskow entschieden.

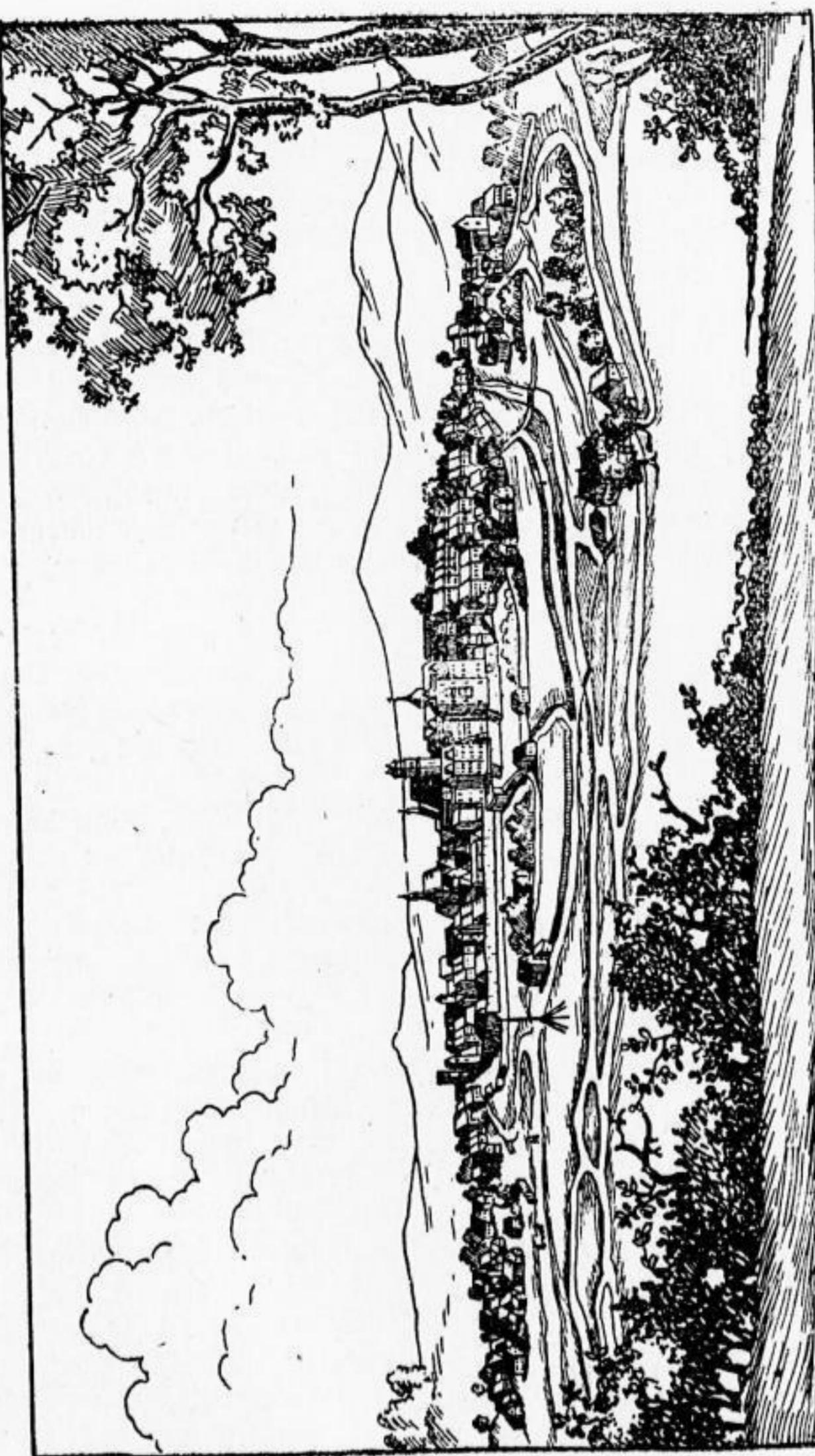
Dippoldiswalde hatte 1442 Straßenverbindung mit Dresden über Räcknitz und nicht nur durch den Plauenschen Grund, wie man vielfach annimmt. Es wird der Acker an „der Dipoldsweldischen strassen bie der steynen marter“ in Räcknitz erwähnt. Die „steinerne Marter“, an welcher die Straße vorüberführte, stand bei Räcknitz. Von dort lief der Weg vermutlich über Kaiß, Boderitz, Kleinnaundorf, Poisenwald, Kleine Straße, Großölsa, Dippoldiswalde. Eine andere Marterstange stand in Dippoldiswalde am Einlauf der Dresdener Straße vor dem Niedertor, deren Reste heute noch vorhanden sind. —

Cunrath von Waczturff findet als landesherrlicher Voigt des Amtes zu Dippoldiswalde am 1. November 1443 Erwähnung.

Freisilber, d. h. steuerfreie Silber, denen der Zehnte erlassen war, finden in den Bergrechnungen des Bergschreibers Hans Wighart und des Münzmeisters Hans Borner 1442—43 Erwähnung, als aus Dippoldiswalde, Wolkenstein und Penig stammend, ein Zeichen, daß noch immer Bergbau auf Silber zu Dippoldiswalde in Betrieb stand und Förderung erfuhr. Es muß also den Gewerken ein Vorrecht gewährt worden sein, dessen Beurkundung nicht bekannt ist. Da aber die Freisilber schon früher erwähnt werden, ist anzunehmen, daß die Unterstützung schon länger gewährt wurde.

nung des Regierungspräsidenten von Oppeln fordert
die Bevölkerung auf, alle Militärwaffen und

Nahrungsmittel finden, so daß die
der Straße sterben. In Charl-



Urbis der Stadt Dippoldiswalde A. Chr: 1656.

(Das Originalgemälde hängt im Ratsstübungszimmer.)